

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Freitag, 8. April 1938

Nr. 83

## Aus dem Inhalt:

Regierung Blum bedroht

SdP für Politisierung der Wirtschaft

Nein, Spanien ist noch nicht verloren

Hirschbergen antwortet: 20 neue Mitglieder

Flüsterpropaganda schädigt deutsche Geldinstitute

## Jaksch und Wanka bei Major Attlee

London. Der Vorsitzende der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Abg. Wenzel Jaksch und der Leiter der aktivistischen Zentralstelle Willi Wanka sind Donnerstag nachmittags in London eingetroffen und waren noch am gleichen Abend beim parlamentarischen Führer der Labour Party Major Attlee zu Gast. Sie hatten dort Gelegenheit, in Gegenwart der Labour-Abgeordneten Hugh Dakin, Noel Baker und Wedgwood Benn über die Situation in den sudetendeutschen Gebieten zu referieren.

## Nachwahl-Sieg der Labour Party

London. Bei der Ergänzungswahl im Wahlbezirk West-Fulham siegte die Kandidatin der Arbeiterpartei Summerhill, die 16.583 Stimmen erhielt, während auf den konservativen Bobby 15.062 Stimmen entfielen. Der Wahlbezirk war bisher durch einen konservativen Kandidaten vertreten.

Der Wahlsieg der Labour Party bei der Fulhamer Nachwahl wird von der oppositionellen Presse als ein schwerer Schlag für die Regierung bezeichnet, während von der Regierungspresse nur der „Daily Telegraph“ in einem Kommentar erklärt, daß die Mehrheit der Zurückweisung der oppositionellen Kampagne zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die Fulhamer Ergänzungswahl ist die 45. seit den allgemeinen Parlamentswahlen und der achte Mandatserwerb der Labour Party. Mit dieser Wahl zieht die zwölfte Frau in das Unterhaus ein.

Eine Deputation des Generalrates des Verbandes der britischen Gewerkschaftsorganisationen erlitten bei Außenminister Halifax und erhob die Forderung, daß England das Embargo auf die Ausfuhr von Waffen nach dem republikanischen Spanien aufhebe.

## Schwere Niederlage der Japaner

London. (Neuer.) Die chinesische Postzeitung berichtet: Telefonische Meldungen von der Front zufolge hat die von den Japanern von Norden her gegen Sutschuan unternommene Offensive mit einem kläglichen Mißerfolg geendet. Die japanischen Truppen in Süd-Sutschuan befinden sich in einem allgemeinen Rückzug nach Norden längs der Eisenbahnstrecke Lin-tschuan-Taiertschuan. Die chinesischen Truppen verfolgen eifrig den auf dem Rückzug befindlichen Feind. In der Umgebung von Taiertschuan, wo in den letzten 14 Tagen gegen 10.000 japanische Soldaten getötet wurden, sind noch mehrere tausend Japaner umzingelt. Ein kleinerer Teil der eingeschlossenen Abteilung hat sich heute abends durchgeschlagen und flüchtet nunmehr gegen Sutschuan. Die im Rücken der Japaner operierenden chinesischen Einheiten haben die Stadt Sutschuan besetzt.

## Mord in Schanghai

Das Opfer der Universitätsrektor  
Schanghai. (Neuer.) Donnerstag früh wurde in der Internationalen Schanghai-Konferenz der Rektor der Schanghai-Universität, Hermann Liu, ermordet. In der hierauf zwischen der Polizei und den Attentätern entstandenen Schießerei wurde ein britischer Unteroffizier verletzt. Einer der Angreifer wurde verhaftet und erklärte, er sei zur Ermordung des Rektors Liu gezwungen worden, der ein Verräter sei.  
Schanghai. (Havas.) Im Fluß Wanpu, welcher Schanghai durchfließt, wurde die Leiche des Vizepräsidenten des Stadtrates des internationalen Viertels Schanghai, Harold Porter, gefunden, welcher einige Tage vermißt war. Es wurde festgestellt, daß er, bevor er in den Fluß geworfen wurde, mit einem Säbel oder Bajonett getötet wurde.

## Erfolgreicher Widerstand Barcelonas

Vergebliche Angriffe Francos Festigung der Front

Barcelona. Die republikanische Armee hat im Sektor Torroja energische Gegenangriffe unternommen. Die dort operierenden italienischen Truppen mußten darauf verzichten, ihren Vormarsch fortzusetzen.

In der unmittelbaren Nähe von Lerida, wo die Marokkaner angegriffen haben, sind die Kämpfe fortgesetzt worden. Durch deutsche Geschütze und Flugzeuge ist versucht worden, den Rebellen einen Weg nach Salaguer zu bahnen. Aber der republikanische Widerstand machte alle Anstrengungen der Feinde zunichte. Dasselbe Schicksal erlitten die Angriffe der Rebellen im Tale des Noguera, nahe den Pyrenäen, wo die Marokkaner vergeblich versuchten, ihre Angriffsziele zu erreichen. In diesen Sektoren waren die Kämpfe außerordentlich hartnäckig und sie brachten keine Vorteile für die Angreifer.

## del Vayo: Krieg bis zum Endsieg

Barcelona. (Havas.) Außenminister Alvarez del Vayo erklärte Vertretern der Auslandspresse gegenüber u. a.: Die Regierung ist entschlossen, den Krieg bis zum Endsieg fortzusetzen. Die gegenwärtige Regierung könne als Regierung der heiligen Einigkeit bezeichnet werden. Die Person des Ministerpräsidenten Reguin und sein Standpunkt sind mehr als

Der italienisch-deutsche Generalstab ist gezwungen, seine ganze Aufmerksamkeit der Peninsularfront zuzuwenden. Zahlreiche Truppen und erhebliches Kriegsmaterial sind in den nördlichen Sektor von Guadajara geschickt worden, um dem Vormarsch der republikanischen Widerstand zu leisten. Mittwoch waren in diesem Sektor die Kämpfe besonders hartnäckig. Die Stellung von La Rabia wird weiterhin von den republikanischen Truppen bedroht. Die Rebellen haben viel Artillerie dorthin geworfen und außerdem zahlreiche Flugzeuge eingesetzt, die bis vor kurzem an der Ostfront operierten.

Auch an der Estremadurafront konnte durch einen Angriff der Republikaner ein erheblicher Vormarsch erzielt werden. Sie bemühten sich mehrere Dörfer, einige andere wurden eingeschlossen, so daß die Rebellen zu ihrer Räumung gezwungen sind.

eine sichere Garantie für den Endsieg, bis zum Ende auszuharren. Del Vayo verurteilte sodann die Nichtbeteiligungspolitik, welche, wie er sagte, in ihren Folgen zur einseitigen Intervention führe, was die größte Verleumdung des internationalen Rechtes bedeute. Wir lehnen es ab, die spanische Nation, welche sich schlagen will, den Wünschen jener preiszugeben, welche gern sehen würden, daß sie zusammenbrechen und kapitulieren.

## Dr. Beneš an die Intelligenzler

Der Präsident der Republik sandte dem Dritten Kongress für Mittelschulbildung, der gegenwärtig in Prag auch unter Teilnahme deutscher Vertreter tagt, eine Rundschreibung, in der es u. a. heißt:

Unsere demokratischen Einrichtungen, deren Grundlagen sich eben klar in der Schule widerspiegeln, beruhen in der Gleichheit aller Bürger. Alle sind berufen, an ihrer Vervollkommnung zu arbeiten, alle können an ihren Vorseiten Anteil haben und alle können und sollen direkt oder indirekt an der Leitung des Staates und des gesamten politischen Lebens teilnehmen. Allerdings müssen nicht alle diese Möglichkeiten immer nach ihren Kräften und auf solche Art ausgenutzt werden, wie es zu wünschen wäre. Ich bemerke oft, daß eben die Bürger mit Hochschulbildung wenig praktische Kenntnisse politischer Probleme zu haben pflegen; nicht selten stellen sie sich nur mit einer flüchtigen Kenntnis zufrieden, manchmal nehmen sie eine flüchtige Kritik als bare Münze, manchmal nur oppositionelle Reden, manchmal sogar auch Demagogie, indem sie oft Neigung zu allzu großer, nur negativer Kritik zeigen. Es geschieht, daß die Konstatierung von Fehlern oder Schleichem in der Politik sie zur Verallgemeinerung oder Pauschalierung der Verurteilung von allem, aller Parteien und aller politisch tätigen Menschen führt. Das alles muß sehr sorgfältig vermieden werden.

Ein Bürger mit Hochschulbildung, auch wenn er Politik nicht direkt in den Parteien macht, soll demgegenüber in politischen Angelegenheiten vollkommen klare Vorstellungen haben und muß immer auf ziemlicher Höhe des politischen Lebens stehen. Er muß objektiver zu den Klassen-, nationalen und Parteikonflikten sein als der gewöhnliche Bürger, er muß unvoreingenommen sein, er muß einen hohen Grad von Verantwortlichkeit und dabei Charakterfestigkeit besitzen. Das bedeutet, daß er dementsprechend in der Öffentlichkeit immer auftreten soll. Das bedeutet auch, daß er zu jeder grundlegenden Frage des öffentlichen Lebens einen präzisen Standpunkt hat, aufgebaut auf einem festen und klaren moralischen und philosophischen System. Er kann ihn allerdings nicht ohne gründliche philosophische und ethische Vorbereitung haben und diese Bildung ist also für ihn immer zur richtigen Auffassung der politischen Probleme unerlässlich. Wir dürfen uns allerdings nicht irren: auch wenn der akademisch gebildete Bürger keine gründlichere sachliche philo-

sophische oder ethische Bildung hat, verteidigt er regelmäßig seine geläufigen politischen Ansichten, indem er sich auf irgend einen philosophischen oder moralischen Gesichtspunkt stützt, dessen er sich oft nicht bewußt ist; aber es pflegt dies eine dilettantische, gewöhnlich naive, manchmal triviale Philosophie und Ethik zu sein, die dann der Bierbankpolitik entspricht. Eben heute, in einer so bewegten, so moralisch und philosophisch zerrütteten und dabei so hochverantwortlichen Zeit muß man gut in das wirkliche Wesen der Dinge sehen, darf man nicht Stimmungen der Leidenschaft, Panik oder Oberflächlichkeit unterliegen.

Der akademisch gebildete Bürger soll weiters positiv, konstruktiv und — wundern Sie sich nicht, wenn ich betone, im m e r o p i i s t i s c h sein. Nicht darum, weil alles schon ist, sondern deswegen, weil er die Pflicht fühlt, für das Ideal zu kämpfen und alles zu verbessern. Er soll auch in der Politik und bei der Organisation der Gesellschaft an die Möglichkeit des Guten glauben und er soll an den Menschen glauben. Er soll das Bewußtsein haben, daß er der Allgemeinheit, dem Vaterlande und der Nation dient und daß dieser Dienst nicht nur in der Führung und in großen Angelegenheiten, sondern überall, an jedem Ort, bei jeder Tagesarbeit, auch in Kleinigkeiten geleistet werden kann. Festigkeit und Entschiedenheit auf der einen, Verträglichkeit, Gerechtigkeit und Verständnis für die Bedürfnisse aller Nationalitäten und Klassen dieses Staates auf der anderen Seite, Klarheit des Willens und Entschiedenheit bis in alle Konsequenzen, fest hinter der Republik zu stehen, — das ist heute die Aufgabe unserer Intelligenzler.

## USA warnen die Diktaturen

Washington. (Havas.) Aus Anlaß des Jahresfestes des Eintrittes der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg sprach der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Johnson darüber, wie die totalitären Staaten in Amerika vordringen. Einige Staaten sehen in der neuen Rüstung der Vereinigten Staaten eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit, sagte der Unterstaatssekretär. Es sind dies jedoch bloß ihre unbeschränkten wirtschaftlichen und territorialen Ambitionen, die in Wirklichkeit bedroht sind. Die Regierungen der 21 amerikanischen Republiken werden diesen Staaten niemals gestatten, nach Nord- oder nach Südamerika einzudringen.

## Bürgertum ohne Gesinnung...

Das Bürgertum seiner anderen Nation ist politischer so haltlos, so ohne innere Gesinnung, so arm an zielbarem Willen, wie das deutsche und vor allem das sudetendeutsche Bürgertum.

In diesen Tagen bekräftigte das sudetendeutsche Bürgertum neuerlich diesen seinen alten Ruf. Landwirter, Christlichsoziale und Gewerbetreibende haben über Nacht ihre Gesinnung, oder das, was sie dafür hielten, abgestreift und am nächsten Morgen traten sie, als ob nichts geschehen wäre, in neuem politischen Gewande vor die Öffentlichkeit, und schlossen mit jenen, die sie gestern noch belächelt hatten, Brüderchaft.

Bekehrung? Bessere Einsicht, Erkenntnis eines Irrtums? Aber nein! Nur wenigen Anhängern einer deutschen bürgerlichen Partei wird es schwer fallen, die politische Gesinnung zu wechseln, weil so etwas fast nicht vorhanden ist und niemals vorhanden war, in Sonderheit nicht bei dem deutschen Bürgertum im Raume der ehemaligen österreichischen Länder. Es hatte nie ein klares staatspolitisches Programm und diesem Bürgertum und seinen Parteien fehlte auch jedes ernstzunehmende Parteiprogramm, ja es fehlte ihm sogar eine organisierte Partei, denn das, was sich als Partei gab, war ein wirrer Haufen, eine höchst wandelbare, heterogene Masse, die, weil ohne feste Gesinnung und Ueberzeugung, jedem Schlagworte erlag und erliegen mußte.

Man wirft diesem Bürgertum vor, es habe die Revolution von 1848, seine Revolution, verraten. Ach, es hat den Sinn der Revolution gar nicht begriffen und die geschichtliche Aufgabe, die ihm gestellt war, einfach nicht erfaßt und es hat kapituliert, weil es fühlte, daß ihm die Voraussetzung fehlte, selber Geschichte machen zu können.

Als Nachwirkung des kurzen dumpfen Freiheitskampfes von 1848 formte sich die liberale Aera, bedingt selbstverständlich auch durch den sich entfaltenden Kapitalismus. Ende der achtziger Jahre aber lautete man dem politischen Liberalismus bereits das Sterbegelächeln. Hervorragende Exponenten des deutschen Liberalismus, wie Bergel und Kronawetter, haben den politischen Charakterverfall des deutschen Bürgertums noch erlebt und beklagt. Nach einem kurzen Anlauf zu einer freiheitlichen Politik zerfiel der Liberalismus. In den Alpenländern machte er dem Merkantilismus, in den Sudetenländern einem wilden Nationalismus Platz.

In den Sudetenländern war Schönere, übrigens ein politischer Renegat, aufgelaucht. Er predigte eine großdeutsche Politik, schielte mit beiden Augen über die Grenze, schürte einen völkischen Antisemitismus und — scheiterte mit seinen sehr radikal schillernden, aber auch sehr wirren Ideen, denen er auch eine soziale Note zu geben versuchte, weil das Bürgertum, das ihm erst zugejubelt hatte, gleichzeitig laiszertren und deutsch-national sein wollte und deshalb mit seinen großdeutschen Schwärmereien nichts anzufangen wollte. Der Antisemitismus und Nationalismus aber blieb.

Nachdem Schönere's Stern verblaßt war — häßliche Szenen begleiteten seinen Fall — fand die jüngere Generation in Karl Hermann Wolff eine „ewige Studenten“-Natur, war politisch sicher weit unzulänglicher als Schönere. Seine Reden waren in der Form blendend, aber ziemlich inhaltslos. Vielleicht gerade deshalb aber, weil seine Zuhörer nicht zum Nachdenken veranlaßt wurden, jubelten sie ihm zu. Durch sein Duell mit Wadeni war er übrigens auch ungemein populär geworden und besonders die jungen Akademiker waren von ihm begeistert. Positive politische Erfolge hat er nie erzielt. Seine Programmlosigkeit, seine politische Ziel- und Planlosigkeit drückt sich deutlich auch darin aus, daß seine „Partei“ in drei Jahren zweimal den Namen wechselte. Seine Wahlabhängigkeit von den Merkantilisten führte ihn in eine Sdrigkeit zu diesen und seine Kriegspolitik gab ihm den Rest. Sang- und Klanglos tauchte er unter.

Der neue Mann hieß Lodgman. Die „deutschradikale“ Firma wurde überhändigt, die „deutsche Nationalpartei“ entstand. Die Gesinnungsstrenge des deutschen Bürgertums erfuhr Lodgman, wohl der anständigste deutschnationaler Politiker der jüngeren Zeit, bei den Parlaments-



Wahlen 1925. Er hatte genug und schied aus der Politik.

Es kam die Konjunkturodyssee des Nazismus, dann folgte der Zugriff des Staates. Und Henlein tauchte auf. Nie noch wurde klarer bewiesen, daß jene deutschnationale Bewegung den größten Zulauf hat, die am wenigsten durch programmatische Eindeutigkeit und Klarheit befestigt ist.

Nun macht Henlein fünf Jahre „Politik“. Das deutsche Bürgertum und seine Nachläufer reden in keiner Partei, sondern in einem dicken Saal, in welchem es drunter und drüber ging und den die Explosivkraft der „Einigkeit“ über kurz oder lang gesprengt hätte, wenn nicht die Ereignisse in Österreich das deutsche Bürgertum völlig betäubt und dem getarnten sudetendeutschen Faschismus einen neuen Auftrieb verliehen hätten.

Dieser „Bewegung“ haben sich nun die letzten Focusgruppen selbständigen politischen Gruppen des deutschen Bürgertums angeschlossen. Es erübrigt sich, ihr bisheriges politisches Wirken zu würdigen. Jedenfalls haben sie den Glauben zerstört, daß sich wenigstens ein Teil des sudetendeutschen Bürgertums politische Gesinnung und Heberzeugung bewahrt hat.

Ein Dementi

Prag. (APD) Zu den in Prag verbreiteten Meldungen, wonach auf dem Flugplatz von Sobely drei deutsche Bombenflugzeuge gelandet seien, teilt das Ministerium für Nationalverteidigung mit, daß diese Meldungen vollkommen unrichtig sind und jeder Grundlage entbehren.

Der Präsident der Republik empfing am Donnerstag, den 7. April, eine Delegation schwedischer Wissenschaftler und Künstler, welche an der hier veranstalteten Ausstellung des schwedischen Kunstgewerbes beteiligt sind.

SdP bekennt sich zur Politisierung der Wirtschaft

Wieder sehr radikale Worte im Parlament. Schärfste Zurückweisung durch den nationalsozialistischen Referenten Bergmann

Prag. Im Abgeordnetenhaus schlug die SdP am Donnerstag in der letzten Sitzung vor den Osterferien durch den Mund des Dr. Peters und des Klubvorsitzenden Rundi wieder sehr radikale Töne an, was in der ohnedies gespannten Atmosphäre viel Aufsehen machte.

Nach weiter verschärfte wurde die Spannung durch den Exodus der SdP vor der Abstimmung des Regierungsantrages über die Anleihepflicht bei Staatspapieren, der vorher von Rundi ausdrücklich mit dem Hinweis darauf begründet wurde, daß noch immer „kein konkreter Vorschlag“ bei der Koalitionsmehrheit zu sehen sei.

Dieses Vorgehen der SdP erzielte jedoch eine unerwartete Wirkung. Der Referent Bergmann, ein führender Nationalsozialist, sagte ihnen im Schlusswort auf den Kopf zu, wenn das der Dank für die Verständigungsbereitschaft auf tschechischer Seite sei, dann sei es schade um jedes weitere Wort und um jeden weiteren Versuch, denn damit sei nur bewiesen, daß eine Verständigung unmöglich sei.

Zusammen mit der Erklärung vom Vortag, daß die SdP ihre bisherige Politik nicht ändern, bedeutet das heutige Vorgehen der SdP offenkundig eine weitere bewusste Verschärfung der Situation und den Versuch, die tschechische Verständigungsbereitschaft vor der Cessantität des An- und Auslandes zu diskreditieren.

Die Pflichtenlage in Staatspapieren

Die Auseinandersetzungen knüpften an die Regierungsvorlage an, durch welche den Geldinstituten die dauernde Anlage eines Teiles ihrer verfügbaren Mittel in Staatspapieren vorgeschrieben wird.

in finanziellen und wirtschaftlichen Dingen auf eine Schädigung der Deutschen hinarbeite.

Dr. Peters Angriffe:

Gegen diese Rede des Finanzministers polemisierte nun Dr. Peters in der Plenardebatte in sehr scharfen Tönen. So wurde behauptet er u. a. die tschechische öffentliche Meinung „irreführt“ und in ihr „gefährliche Illusionen“ erweckt.

Die vom Finanzminister angeführten Daten (über die Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft) könnten bei einer ernsthaften Prüfung nicht bestehen. Dr. Ralfus habe wieder bewiesen, daß die Regierung die Situation „falsch betrachte“.

Scharfe Entgegnung des Referenten

Sehr energisch ging dann aber der Referent Bergmann (Nat.-Soz.) im Schlusswort ins Zeug. Dr. Peters habe in einer Art gesprochen, die im Parlament noch nie dagewesen sei.

Das sei vielleicht der Lohn dafür, daß die tschechischen Parteien den guten Willen zeigten, sich mit diesen Herren zu verständigen. Ihr Beginnen zeige, daß es um jedes Wort und um jeden Versuch schade sei.

Auf das entschiedenste müsse der Referent auch die Verdächtigungen Dr. Peters gegenüber den amtlichen Statistikern zurückweisen, die der Finanzminister verwendete.

Die Regierung könne nicht für alle unünftigen wirtschaftlichen Folgen im deutschen Gebiet verantwortlich gemacht werden. Wenn Dr. Peters aufrichtig wäre, müßte er sagen: Wir Deutschen haben eine schlechte Politik gemacht, weil wir nach dem Umsturz nicht an die Existenz und Dauerhaftigkeit des tschechoslowakischen Staates, nicht an die Stabilität der tschechoslowakischen Krone geglaubt und daher Milliarden in Reichsmark verpekuliert haben.

Die Regierung könne nicht für alle unünftigen wirtschaftlichen Folgen im deutschen Gebiet verant-

antwortet werden könnte. Herr Dr. Peters steht also auf dem merkwürdigen Standpunkt, daß die SdP durch ihre Gleichschaltungstendenzen die tschechische Wirtschaft beliebig schädigen kann, daß hingegen die Regierung dann automatisch verpflichtet sein soll, alle Schäden, die die SdP mutwillig anrichtet, wieder irgendwie auszumachen.

Offen bekannte sich Dr. Peters dann dazu, daß die SdP die Wirtschaft politisiere: Sie mache die Politik „zum Verteidiger gegen jene Tendenzen, die unsere tschechische Politik vernichten wollen“.

Kundt kündigt Exodus an

Später gab Rundi (SdP) als Klubvorsitzender die offizielle Erklärung ab, daß die SdP an der Abstimmung über die Vorlage betreffend die Anleihepflicht in Staatspapieren nicht teilnehmen werde, und zwar aus Protest dagegen, daß die jetzige Rede des Finanzministers, die heutigen Vorlagen — insbesondere die Kreditvorlage — sowie die Praxis und vieles andere immer noch seinen konkreten Willen der Koalitionsmehrheit zur raschesten Aenderung des Systems gegenüber dem Sudetendeutstum bewei-

Rundt sprach noch Dr. Neumann (Nat.-Soz.), der erklärte, es sei un demokratisch zu glauben, daß man durch das Verlassen des Saales gegen die Tatsachen protestieren könne, die der Finanzminister angeführt hat.

Wortlich gemacht werden. Wenn Dr. Peters aufrichtig wäre, müßte er sagen: Wir Deutschen haben eine schlechte Politik gemacht, weil wir nach dem Umsturz nicht an die Existenz und Dauerhaftigkeit des tschechoslowakischen Staates, nicht an die Stabilität der tschechoslowakischen Krone geglaubt und daher Milliarden in Reichsmark verpekuliert haben, wobei wir die Folgen noch jetzt tragen.

Osterwünsche des Vorsitzenden

Gegen Ende der Sitzung, die der Vorsitzende dann mit den üblichen Osterwünschen schloß, wurde die Regierungsvorlage mit einer von der Koalition beantragten Aenderung angenommen.

Dr. Macek für Aenderung der Kreditpolitik

Von den sonstigen Debatterednern hatte der Kommunist Kopriva erklärt, seine Partei werde

Der ewige Schatten

Dann das Abgleiten in unermeßliche Tiefen, immer schneller, immer wilder. Juan de Valoria, der Luchsfänger, hatte sich so seines letzten Feindes entledigt. Als jedoch das Blut, das aus seiner Wunde rann, kalt und Numbig geworden war, wachte auch er nicht mehr aus seiner Ohnmacht auf.

prüfte er, ob Niegel und Pfosten ordentlich verschlossen wären. Dann lehnte er zu seinem Sessel zurück, blieb aber aufrecht stehen, schweigend, noch stiller als schweigend und mit einem gequälten Mund.

Der Erzbischof sagte: „Wir begreifen es sehr wohl, daß Eure Majestät weidlich wird vor der Ueberfülle dieses Sieges. Es leidet Eure Majestät herzlich, Gnade üben zu wollen.“

Nur um die Pause auszufüllen, erwiderte Karl, doch er rührte sich nicht aus seiner Verunsicherung: „Eminenz Herr Erzbischof, Seigneur von Chivores, Herr Staatskanzler, mein Mentor und Freund, Graf Haro, mein lieber General, meine spanischen Granden, beliebt es den Herren nicht besser, von den Bitterkeiten dieser Erde nach den süßen Orangen des Reichthums zu verhandeln?“

Ihre Köpfe mir gehören. Und es sind die edlen Köpfe, die ehesten unserer Verwandtschaft. Und diesen Mäglichkeiten, diesen entarteten, ihn gerade wollen Sie mir streitig machen? Meine Herren, Sie sind älter als ich. Ich bin jung und brauche vielleicht noch ein Spielzeug.

Karl sagte es sanft. Er sagte es so leise, daß nicht einmal die überempfindlichen Aristokraten unter dem Wiederein seiner Stimme mitgeschwanken.

Sie gerieten erst in klirrende Bewegung, als im Vorzimmer ein Rauschen hörbar wurde. Es war nicht das Klingeln des Geschirrs und der Schüsseln, sondern das Kettenraseln eines Wessens, das in Eisen gelegt war, das sich nicht vorwärtsbewegen konnte, das zu Boden stolperte, das offenbar wieder hochgezerrt wurde.

Dann verharrten sie in ausgerichteter Parade. Man sah, wie der angeleitet Mann nach Kräften rang, wie er sich wälzte, um der Glühender Herr zu werden. Endlich stand er aufrecht in seinem weißen Kleide, das wohl von Schmutz und Staub durchtränkt war, doch die Lichter der Kerzen und die spiegelnden Flächen der Platten wuschten die Dunkelheit von dem Kleide ab.

Schon flogen Messer und Gläser in die Richtung Padillas, als Karl um den Tisch herum lief. Als Zielscheibe pflanzte er sich vor dem Geleiteten auf und schrie: „Wer ihn trifft, trifft den König! Ran rühre ihn nicht an!“

Und hierauf zu Padilla: „Dah Sie in meiner Hand sind, Graf, das ist von Gott gesügt. Ich hasse Sie deshalb nicht, weil ich Sie in christlicher Schlacht besiegt habe. Und diese Herren

Padilla ließ ihn nicht zu Ende sprechen. Er unterbrach: „Diese Herren wissen genau, was sie tun, wenn sie Don Juan de Padilla einen Verräter und Heberläufer schelten. Ja, Don Juan de Padilla ist ein Heberläufer. Ein Verräter ist er auch. Aber übergelaufen zu wem? Verraten wen? Ubergelaufen zu den Lämmern, die von den Wölfen verschluckt werden sollten. Jetzt sind sie verflucht. Eure Majestät tun Unrecht, den Herren Wölfen zu verbieten, den abgefangenen Verräter im letzten Triumph zu umheulen. Ihre Majestät tun Unrecht, sich einzubilden, daß Sie nicht hasse. Im Gegenteil, ich habe mich nicht entleibt, weil ich wünschte, der Majestät noch einmal meinen Haß sagen zu können, bevor die Majestät geruhen zu befehlen, daß man mich entleibe.“

„Was geschehen soll, Majestät!“ tobten die Granden.

Entgegnete Padilla: „Hoffentlich mit aller Grausamkeit, mit aller Gründlichkeit, aus der diese Herren eine bewundernswürdige Tugend gemacht haben, die Eure Majestät studiert und den Herren abgeguckt haben mit ebenso bewundernswürdigem Talent!“

„Nun, Majestät“, schaltete sich der Hohepriester wiederum in den Streit ein. „Sind Majestät entzündet über Ihr Spielzeug? Werden Eure Majestät noch lange darauf bestehen, sich in dieser hohen Schule der philosophischen Berebtheit zu üben?“

(Fortsetzung folgt)



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Gefestigt und gestärkt!

### Dauernde Mitgliederwinne der Metallarbeiter!

Die letzte Ausgabe des „Internationalen Metallarbeiters“ veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes des IMA an die Metallarbeiter und die Arbeiterfreunde zu beugen. „Geht wie bisher den geraden Weg“, sagt der Aufruf, „den Euch die Verbandsleitung zeigt, denn er ist der einzige Weg, der zur praktischen Zusammenarbeit und zur Sicherung Eurer Rechte im tschechoslowakischen Staat führt!“

Die Metallarbeiter haben erklart, auf welcher Seite der Front ihr Platz ist. Davon zeugen

die ständigen Mitgliederwerbungen, die auch in den letzten Wochen trotz der hochgehenden politischen Wogen und trotz der offenen und verdeckten Hebe und Drohungen nicht aufgehört haben. Vom 12. März bis zum Monatsende sind dem Internationalen Metallarbeiterverband Komotau 108 Mitglieder neu beigetreten und die Zahl der neu gewonnenen Verbandsangehörigen hat sich seit Jahresbeginn damit auf 727 erhöht. Einen besseren Beweis für die unerschütterliche Treue der Arbeiterfreundschaft zu ihrer freien Gewerkschaft und einen besseren Beweis von politischer Reife konnten die Metallarbeiter nicht erbringen!

### Presseberichtigung

#### „Das ist Bürokratie . . . Tote ohne Gräber — Arbeitslose ohne Arbeit“

Der Inhalt des unter diesem Titel in der Nr. 70 der periodischen Druckschrift „Sozialdemokrat“ vom 24. März 1938, veröffentlichten Artikels entspricht nicht voll der Wahrheit.

Die Behauptung, daß die Erweiterung des städtischen Friedhofes in Marienbad durch Veräußerung bei der Landesbehörde genehmigt wurde, beruht auf unrichtiger Information. Die Erweiterung des Friedhofes genehmigte die Bezirksbehörde als die hierzu kompetente Behörde im Prinzip bereits mit dem Bescheid vom 8. Juni 1936, S. 14.353 und definitiv mit dem Bescheid vom 14. September 1937, S. 23015, sobald die Landesbehörde über die Berufung des Prämonstratenserklosters in Tepl vom 18. Dezember 1936, mit dem Bescheid vom 26. Juni 1937, S. 2160, Dep. 27 die Rodung jenes Teiles der Waldparzelle, um welche der städtische Friedhof erweitert werden soll, bewilligt hatte.

Sonst hatte die Landesbehörde mit der Erweiterung des erwähnten Friedhofes in den Jahren 1936 und 1937 nichts zu tun, bis von der Gemeinde, nachdem die Gemeindevertretung am 29. Oktober 1937 die Aufnahme einer Anleihe von 150.000 Kč zur Erweiterung des Friedhofes beschlossen hatte, am 20. Dezember 1937 ein Ansuchen um Genehmigung dieser Anleihe vorgelegt wurde.

Dieses Ansuchen mußte aber mit dem Erlaß vom 8. Jänner 1938 der Gemeinde zur Ergänzung zurückgestellt werden und wurde der Landesbehörde erst am 8. März, beziehungsweise nach vollständiger Ergänzung erst am 29. März d. J., d. i. einige Tage nach Veröffentlichung des obenwähnten Zeitungsberichtes, wieder vorgelegt wurde.

Státní zastupitelství v Praze,  
dne 4. dubna 1938.

Dr. Tik

### Niedrige Kampfesweise

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ veröffentlicht einen niedrigen Angriff auf Dr. Czech. Sie kombiniert, daß Talsch entweder als Minister ohne Amtsbereich oder als Unterstaatssekretär (!) der Regierung angeordnet werde und daß die deutsche Sozialdemokratie nach dem Ausscheiden Dr. Czechs für die tschechischen Agrarier „wieder

tragbarer“ geworden sei. Dann bringt das Blatt einige tschechische Pressestimmen und vermerkt mit Benützung die alberne Behauptung der „Nár. Listy“, Dr. Czech „wolle nicht gehen“.

Was zunächst die politische Seite der Frage betrifft, so kommt es nicht darauf an, ob „die deutsche Sozialdemokratie für die tschechischen Agrarier wiederum tragbar geworden zu sein scheint“, denn das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Sozialdemokratie ist eine Angelegenheit zweier Partner, die darüber frei entscheiden. Wir haben uns an die tschechischen Agrarier niemals angeblendet, wie es die SDP tut.

Was aber die persönliche Frage anlangt, so hat Dr. Czech der Partei schon vor unserem Parteitag seine Absicht kundgegeben, sein Ministeramt niederzulegen. Die Partei und niemand anderer hat entschieden, daß er vorläufig im Amt bleiben solle. Die Bemerkungen der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ über Dr. Czech sind also nichts anderes als alberne Ehrabschneidereien.

### Die Antwort: Zwanzig neue Mitglieder!

Der „Heimatrat“ hat triumphierend berichtet, daß das rote Vollwerk Hirsbergens gefallen sei. Unsere Genossen doch haben, als sie von ihrer angeblichen Gleichschaltung erfuhren, sich zunächst eines gelacht, dann aber gesagt, daß man es beim heraldischen Lachen nicht bewenden lassen könne, sondern etwas tun müsse. Also machten sie sich an die Arbeit und führten eine kleine Werbung durch, die der Lokalorganisation zwanzig neue Mitglieder brachte. Was sagt der „Heimatrat“ nun zum Fall des roten Vollwerks?

### Viele, aber nicht alle!

Wir meinen die sudetendeutschen Lehrer, und zwar jene, die sich jetzt oder schon früher gleichschalten ließen. Es ist leider nicht zu leugnen, daß gerade die Lehrer in Massen den Schlagworten des Tages erliegen. Erfreulich aber ist, daß die Totalitäts-Märchen, die die SDP auch auf diesem Gebiet in Umlauf setzt, eben nur Märchen sind. Beispielsweise berichtete kürzlich die SDP-Presse, daß in einer Lehrer-Bezirksversammlung in Marienbad sämtliche Lehrer dieses Bezirkes sich der SDP angeschlossen hätten. Die Wahrheit aber ist, daß 117 von den 182 Lehrern dort dem Gleichschaltungsdummel unterlagen. Das sind also zu drei Vierteln und das ist wahrhaftig genug. Um so beachtlicher aber die Festigkeit jener 65 im Marienbacher Bezirk und jener Tausende im ganzen Land, die dem Druck nicht weichen.

### Der „Krüppel“ muß verschwinden..

Am 29. März wurde das Postamt in Lubitz telefonisch von der Prager Postdirektion angerufen, was nur in den äußerst dringenden Fällen vorkommt. Was war denn geschehen? Nichts weniger, als daß sich die „Post- und Fernschaff“ entschlossen hat, alle Mienen sprungen zu lassen, um einen beim Postamt in Lubitz beschäftigten deutschen Briefträger vom Posten zu bringen. Der Referent las durch das Telefon einen Artikel der Henleinpresse vor, in welchem sich die „Name-raden“ darüber beschwerten, daß ein „Kruppel“ beim Postamt in Lubitz Dienst macht, der in Lubitz wohnt und der seinen Dienst nicht ordentlich versehen kann (!!) Es handelt sich hier um den Kriegerinvaliden Franz Köhler, der im Kampfe „für Gott, Kaiser und Vaterland“ eben seine gesunden Glieder zu Markte getragen hat und der seit 1. Jänner 1938 zum Postamt in Lubitz versetzt wurde. Seit 17 Jahren macht Köhler zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten den Postdienst, und auch der Lubitzer Vorstand des Postamtes hat ihm das beste Zeugnis ausgestellt. Nur einen „Fehler“ hat Köhler, er hat bis heute noch nicht die Beitrittserklärung zur SDP unterzeichnet, und damit scheint er sich die Blut der deutschen „Volksgenossen“ zugezogen zu haben. Nur dem Einschießen der Postbehörden ist es zu danken, daß Köhler noch im Dienst ist. Wäre es nach dem Wunsch der „Volksgenossen“ gegangen, könnte er heute zur „Volkshilfe“ um Almosen betteln gehen.

### Die tschechoslowakische Wehrmacht

Im „Demokratischen Stab“ schreibt Stanislav J. J. e. r.: Wir sind ein Mittelstaat mit einer vorzüglich ausgerüsteten Armee. In den letzten 20 Jahren haben wir für die Staatsverteidigung 50 Milliarden Kč aufgewendet, beinahe die Hälfte davon in den letzten fünf Jahren. Das für diese ungeheure Summe angeschaffte und im Inland produzierte Material mußte unserer Armee eine starke Defensivkraft verleihen. Die Erfahrungen aus dem Krieg in Spanien und in China beweisen, daß zweckentsprechend im Terrain verteilte und dem Feind wenig ausgelegte schwere und automatische Waffen noch immer ein starkes Hindernis für die Offensive bilden, auch wenn sie über noch soviel Material disponiert. Die Aufgabe des modernen Festungsbaues ist es, die günstig im Terrain aufgestellten Waffen möglichst vor der Zerstörung durch den Feind zu schützen.

Das moderne Festungsgebiet muß für Tanks unpassierbar und darf nicht der Gefahr eines Luftangriffes ausgesetzt sein. Die Befestigungen sollen plötzliche Ueberfälle aufhalten, den Einfall motorisierter Einheiten verhindern und den Feind zu einer möglichst großen Materialverschwendung bei ihrer langsamen Ueberwindung zwingen. Dadurch wird der eigenen Armee die notwendige Zeit zur Durchführung der Mobilisierung und zu ihrer Konzentrierung gewonnen. Die Festungen müssen der Armee solange Schutz gewähren, bis die Angriffe der Verbündeten den Feind zwingen, einen Teil seiner Truppen von unserer Grenze abzuberufen, um sie an seinen gefährdeten Grenzen einzustellen. Unser Generalstab, an dessen Spitze alle Frontkommandanten stehen, ist überzeugt, daß wir gegebenenfalls solange werden erfolgreichen Widerstand leisten können, bis unsere Verbündeten eingreifen. Durch die politischen Ereignisse in Oesterreich belehrt, beseitigen unsere politischen und militärischen Führer mit aller Energie die letzten Mängel der politisch-militärischen Konstruktion, auf welcher die Sicherheit und Zukunft unseres Staates beruht.

### Schutz für die Geburtshelferinnen

#### Ein Gesetzentwurf des Gesundheitsministers

Das Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung (Minister Dr. Czech) legte soeben der Regierung einen Gesetzentwurf über die Gremien der Geburtshelferinnen (Geburtshelferinnen) vor.

Zweck dieses Entwurfes ist, den Geburtshelferinnen offiziell eine ähnliche Interessenvertretung zu geben, wie sie bereits einige andere Berufsstände (Kameralbeamte, Apothekergremien u. a.) haben. Dadurch soll eine alte Forderung der Geburtshelferinnen erfüllt werden, eine unsoziale Forderung, als die Geburtshelferinnen einige Änderungen der Geburtshelferpraxis anzustreben, welche nur auf gesetzlichem Wege möglich durchgeführt werden können. Ihre erfolgreiche Behandlung hat zur Voraussetzung, daß der Stand der Geburtshelferinnen bei den Verhandlungen von einer solchen Ständeinstitution repräsentiert wird, der unbestreitbar das volle Recht zukommt, im Namen des ganzen Standes zu sprechen.

Eine weitere Aufgabe der Gremien der Geburtshelferinnen ist es, eine Ständeinstitution zu schaffen, welche für die Hebung des Niveaus der Geburtshelferinnen in idealer Richtung sorgt, was nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt.

## Regierung Blum bedroht

Paris. Frankreich steht wiederum vor einer Regierungskrise, die längstens Freitag abends nach der Senatdebatte über den Regierungsgesetzentwurf unausweichlich erscheint.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett Leon Blum bereits vor dieser Senatdebatte zurücktritt, in der keine Ueberwachungen zugunsten der Regierung erwartet werden. Die radikalen Minister hatten in der Nacht auf Donnerstag eine Beratung über die dadurch geschaffene Lage, daß nur die Hälfte der 114 radikalen Deputierten, einschließlich der dreizehn radikalen Kabinettsmitglieder, für die Regierung stimmte.

Als Persönlichkeit für die Neubildung des Kabinetts wird in parlamentarischen Kreisen und in der Presse fast allgemein der Vorsitzende der radikalen Partei und gegenwärtige Verteidigungsminister Daladier bezeichnet. Manche Gerüchte und Pressenachrichten schreiben ihm auch die Absicht zu, ein ziemlich entpolitisiertes Kabinett von einigen, höchstens dreizehn Personen, mit Marshall Betain und Leon Blum als Vizevorsitzenden der Regierung, Georges Bonnet im Finanzministerium, einigen Mitgliedern des Zentrums und einigen anteparlamentarischen Fachleuten zu bilden.

### Senat unversöhnlich gegen Blum

Paris. Nach dem Beschluß des Finanzanschlusses des Senates, der mit der großen Mehrheit von 25 gegen 6 Stimmen die Erteilung der Vollmachten der Regierung sowie die Zustimmung zu den geplanten Finanzmaßnahmen, die in den Motivenbericht des Regierungsgesetzentwur-

fes angeführt sind, abgelehnt hat, erwartet man, daß die morgige Senatdebatte recht kurz sein wird und daß der Senat mit großer Mehrheit die Regierungsvorlage ablehnen wird. Bisher hat sich zur Generaldebatte kein einziger Redner gemeldet, es scheint daher, daß der Senat morgen lediglich das ablehnende Referat des Generalreferententatters des Finanzanschlusses Garbay und sodann das Exposé des Ministerpräsidenten und Finanzministers Leon Blum entgegennehmen wird.

Paris. Trotz dem Verbot der Regierung und des sozialistischen Innenministers Dorra an veranstalteten die Parteien der Linken auf Anregung der Pariser sozialistischen Bezirksorganisation vor dem Senate. Die Manifestanten bemüht sich in kleinen Gruppen zu je 50 bis 60 Personen zum Palais des Senates vorzudringen. Die Polizei, die überall in der Umgebung starke Bereitschaft hielt, vertrieb alle Ansammlungen. Es kam zu kleinen Zusammenstößen und Scharmüßeln, bei denen zahlreiche Personen, darunter auch einige Polizisten leichte Verletzungen erlitten. Mehrere Exzessiven wurden auf das Polizeikommissariat vorgeführt. Die Demonstranten brachen in Hordrusse auf Leon Blum aus und riefen: „Fort mit dem Senat!“, „An den Galgen mit Cail্লাug!“ und sangen die „Internationale“. Die kleinen Gruppen, welche bis zum Palais du Luxembourg vordrangen, wurden sämtliche von einem starken Polizeifordon zurückgedrängt. Gegen 21 Uhr herrschte in der ganzen Umgebung des Palais du Luxembourg wiederum vollkommene Ruhe.

Der Beweis ihrer grundtätig positiven Einstellung zur Staatsverteidigung für die Vorlage stimmen. Dr. Wacel (Soz. Dem.) erklärte es für durchaus unbegründet, daß durch die Vorlage irgendein Später eine Einbuße erleiden könnte. Am Prinzip er aber dafür, lieber eine neue Ueberlegung zu schreiben. Die Voraussetzung dafür sei jedoch eine größere Liquidität des Geldmarktes. Hier sollten die maßgebenden Kreise endlich ihren Widerstand gegen die sogenannten „Operationen auf dem freien Markt“, die heißt gegen den Ankauf von Staatspapieren durch die Nationalbank, aufgeben. Durch die Operationen würde der Bargeldumlauf vermehrt werden, ohne daß man inflationistische Wirkungen befürchten müßte. Eine „nationale Unterdrückung“ könne in der Vorlage schon gar nicht erblickt werden, wenn auch vielleicht bei einigen deutschen Instituten und Industriellen die Folgen der Wirtschaftskrise noch größer sein mögen. Man muß nur an eine „Arbeitslosigkeit“ schaffen, damit für die Tschechen wie für die Deutschen genug Arbeit da ist. Er müßte die Forderung unterstreichen, die für die Tschechen erhoben hat: Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Dann müßte man aber auch rufen: Geld, Geld und wieder Geld! und müßte sich zu einer anderen Währungs- und Kreditpolitik entschließen.

### Gemeindeabgabe für Luftschutzzwecke

Als ersten Punkt der Tagesordnung hatte das Haus vorher die Novelle zum Gesetz über den Schutz gegen Luftangriffe unverändert angenommen. Es handelt sich um die Neufassung des § 5, der den Gemeinden zur Deckung der mit der passiven Fliegerabwehr verbundenen Kosten die Einhebung einer eigenen Gemeindeabgabe ermöglicht, deren Grundlage der Mietzins, bzw. der Mietwert der Wohnungen, sein soll. Die Novelle setzt fest, daß die im Bauförderungs-gesetz statuierte Befreiung von Neubauten von der Haussteuer etc. für die neue Abgabe nicht gilt. Ausnahmen für Arme sind vorgesehen. Zum Bau von öffentlichen Deckungen gegen Fliegerbomben kann die Gemeinde auch Hand- und Spanndienste sowie Motorfahrzeuge anfordern. Die Einhebung der neuen Abgabe ist nicht obligatorisch, falls die betreffende Gemeinde für diese Zwecke mit den normalen Budgetmitteln auskommt.

In der Debatte befaßte sich der tschechische Agrarier Vozdík mit den Verhältnissen im Grenzgebiet, wobei er auf den Unterschied zwischen gewissen lokalen Erklärungen Denleins und dem tatsächlichen Verhalten seiner Anhänger hinwies. Sich verhandigen oder dem anderen die eigene Ansicht mit Gewalt aufzwingen, sei zu vermeiden. Verschiedene Ereignisse im Grenzgebiet beweisen, daß die SDP an verschiedenen Orten eben verschieden redet. Zorn und Unterdrückung dürfe es im Grenzgebiet nicht geben, vor allem nicht gegen die wirtschaftlich und sozial Schwächeren.

Zogl (SDP) benützte auch diese Gelegenheit wieder zur Forderung nach völliger Kapitulation vor dem großen Nachbarn: Ein Schutz gegen etwaige Luftangriffe wäre nicht notwendig, wenn es die Staatsführung zustandebrächte, sich mit dem Nachbarn friedlich zu einigen und Kriege und Flugangriffe dadurch „überflüssig“ zu machen... Zugleich mit der Vorlage wurde auch eine Resolution angenommen, daß die Regierung den Gemeinden die beschleunigte Durchführung der Luftschutzmaßnahmen durch Gewährung von Zuschüssen auf die Gemeindeabgaben ermöglichen soll, die binnen zwei Jahren rückzahlbar wären.

### Die Waffenvorlage im Senat

Der Senat befaßte sich Donnerstag nachmittags mit der Regierungsvorlage über Waffen und Munition, die die Vorschriften über den Waffenbesitz und das Waffentragen neu regelt und unifiziert, in mancher Hinsicht auch verschärft.

In der Vorlage sprachen zwei SDP-Medner. Ragner hielt eine politische Rede, in der er behauptete, daß die geistigen Waffen der SDP bisher vollen Erfolg gehabt hätten. Man werde schließlich auch den Deutschen das ihnen 1918 versprochene Selbstbestimmungsrecht geben.

Stelwag (SDP) behauptete, daß die großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung eines Waffenspasses für Kugelgewehre und die sonstigen komplizierten Bestimmungen der Vorlage nur das Resultat haben werden, daß wieder die Wilderer zur Geltung kommen. Wenigstens auf administrativem Wege solle man es der Jägerkaste ermöglichen, den Kugelgewehren zu gebrauchen.

Modráček (Soz. Dem.) begrüßt es, daß man durch strenge Vorschriften die Zahl der Hände herabsetzen wolle, in denen Waffen gegen feindliche Sicherheitsorgane erhoben worden sind. Dem Senator Ragner sagte er, daß der beste Beweis für die Freiheit der Sudetendeutschen gerade die Effizienz der Partei des Herrn Henlein sei.

In der vom Parlament bereits angenommenen Vorlage über die Erweiterung des Verzeichnisses der Berufskrankheiten durch den Lungentuberkulose, bzw. die Lungenverhärtung der Joachimsthaler Fernarbeiter sprach der SDP-Senator Warkl und Genosse Müller, der die Bemühungen unserer Partei schilderte, das Los der Joachimsthaler Fernarbeiter zu verbessern und sich dann in kräftigen Worten mit der Demagogie auseinandersetzte, die die SDP gerade in Joachimsthal beim letzten Streik andächtig betrieben hat. In seiner tapferen Rede vanger Müller ost von Witschurken unterbrochen, die terroristischen Methoden an, welche die SDP in den letzten Wochen in den deutschen Gebieten bis auf die Spitze getrieben hat, und beschwerte sich über das vielfach unbegreifliche passive Verhalten der Behörden. Er hob den prächtigen Kampfsack unserer Arbeiter hervor und schloß mit der Versicherung, daß sie ihren Kampf für die Demokratie und die Republik unerschütterlich weiterführen werden. (Wir werden die Rede noch im Änderung nachtragen.)

Dann behandelte der Senat noch die Regierungsvorlage über das Gehaltsäquivalent, wozu der Agrar Volk und der Kommunist Dr. Wacel sprachen. Die weiteren Verhandlungen wurden auf heute, Freitag, 10 Uhr vormittags, vertagt.



### Aufruf der neuen Regierung

Barcelona. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte ist folgender Aufruf veröffentlicht worden:

„Die Regierung der Republik proklamiert ihren absoluten Willen, den Kampf für die Unabhängigkeit Spaniens fortzusetzen bis zu dem Tag, an dem das Land befreit sein wird von denjenigen, die es angegriffen und zum Teil erobert haben dank des ungeheuerlichen internationalen Verbrechens, das man niemals gesehen hat. Die Regierung rechnet auf die Stärke ihrer Volksarmee, die an der Frontenfront, in Estranadura, Andalusien und an der Levante ihre Stellungen mit unerschütterlicher Festigkeit hält und die prachtvolle Beweise ihres Offenherzigkeits gibt, indem sie in den bedrohtesten Sektoren den anderen republikanischen Truppen zu Hilfe eilt.

Was Katalanien betrifft, so wird der Heldennut unserer Kämpfer an der Ostfront am besten bewiesen durch die Hartnäckigkeit, mit der sie den italienischen und deutschen Armeen ihren Widerstand entgegensetzen, die sich — enttäuscht durch Anfangserfolge — sich keine Vorstellung machen können, was der Krieg für die Freiheit Kataloniens bedeuten wird.

Der begeisterten Mitarbeit des gesamten spanischen Volkes sicher, will die Regierung der Republik nicht viel Worte machen, sondern sich ganz der Arbeit widmen und von diesem Augenblick an besonders dem Werk, das sich aus ihrer Eigenheit als Kriegeregierung ergibt.

### Zur spanischen Note an Paris und London

London. Der „Daily Herald“ kommentiert die Note Spaniens an die Regierungen von Paris und London: „Selbst Mr. Chamberlain wird sicherlich den Appell der spanischen Regierung nicht ohne ein Gefühl persönlicher Scham und nationaler Erniedrigung gelesen haben. Der völlige Mißerfolg der Nichteinmischungspolitik ist in den letzten Monaten offen zutage getreten. Die Lebensfähigkeit jeglicher Vermählungen, dieser Politik Achtung zu verschaffen, allgemein erkannt worden. Keinerlei Sophistik kann die Tatsache leugnen, daß Franco nur dank der Hilfe einer italienischen Armee und der noch wichtigeren Hilfe der unbegrenzten deutschen und italienischen Materiallieferungen seine Erfolge davontragen konnte. Diese Tatsachen sind nicht allein offensichtlich, sie werden auch offen zugegeben. Mussolini rühmt sich offen der Taten seiner Truppen und verlebt unbelümmert das Abkommen, das er unterzeichnet hat. Er bricht die persönlich von ihm gemachten Versprechungen und er rühmt sich, daß er Frankreich, Großbritannien und der übrigen Welt seine Zähne zeigt. Die Nichteinmischung ist tot; was bleibt, ist einseitige Einmischung. Die Ritterlichkeit und die Ehre verlangt, daß das Gleichgewicht hergestellt wird, solange noch Zeit dazu ist.“

Der Korrespondent der „Times“ in Barcelona meldet: „Die Volksarmee ist immer noch ein beachtlicher Faktor“ und rühmt den „allgemein nützlichen Charakter“ der Spanier. Er betont, daß die spanische Regierung nicht daran denke, in Verhandlungen einzutreten. Der kürzliche Wechsel im Oberkommando und die Umbildung der Regierung hätten nur den Zweck, den Widerstand zu stärken.

### Für die Emigranten

England akzeptiert den USA-Vorschlag

London. Amtlich wird mitgeteilt: Außenminister Halifax hat dem Vizekonsul der Vereinigten Staaten heute die Antwortnote der britischen Regierung zu dem Vorschlag der USA-Regierung überreicht, nach dem ein Sonderausweis eingeführt werden soll, der sich mit dem Schicksal der österreichischen und deutschen Emigranten befaßt. In der Note begrüßt die britische Regierung die von den Vereinigten Staaten ergriffene Initiative und deren Wunsch zu möglichst enger Zusammenarbeit. Wie verlautet, haben 15 Regierungen auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten zustimmend geantwortet.

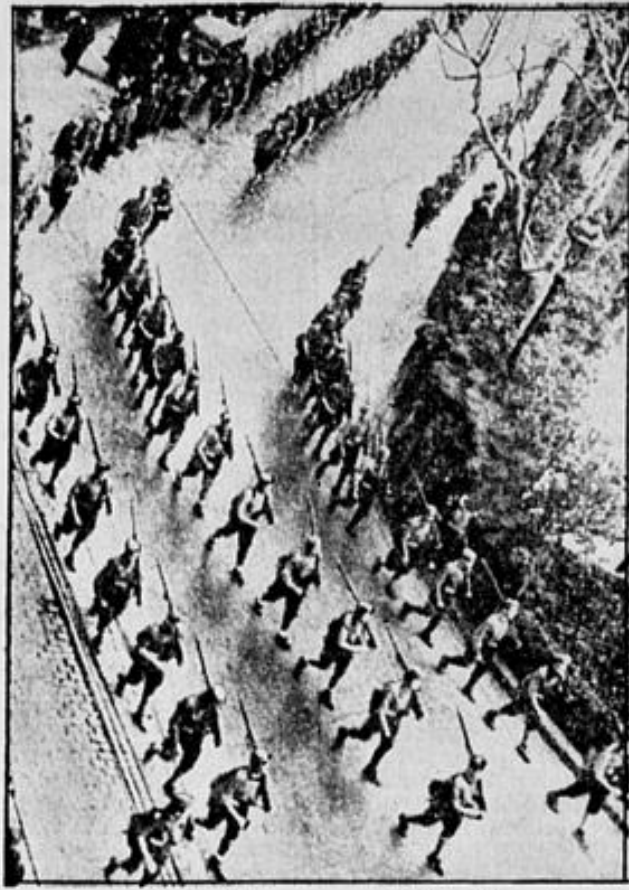
### Auch ein Emigranten-Avancement

Berlin. Der Oberregierungsrat im Reichs- und preussischen Ministerium des Innern Hans Krebs ist vom Reichsführer der SS zum SS-Standartenführer ernannt worden.

Auf der Liste des Führers zur Wahl des großdeutschen Reichstages befinden sich auch die beiden bekannten aus der Tschechoslowakei stammenden Mitglieder des bisherigen Reichstages, nämlich Rudolf Jung, der als Dozent der Deutschen Hochschule für Politik angeführt, ferner Hans Krebs, der als Reichshauptstellenleiter, Oberregierungsrat und Presse-Referent beim preussischen Ministerium des Innern genannt wird.

### Rothschild enthaftet

Wien. (Neuer.) Baron Louis Rothschild wurde Donnerstag in Freiheit gelassen, doch wurde ihm das Recht zur Leitung seiner Bank entzogen. Mit der Leitung der Bank wurde der Wiener Bankverein betraut.



Republikanische spanische Truppen auf dem Marsch an die Front

## Tagesneuigkeiten

### Eine Regierung von Künstlern

Nero wollte sich nicht damit begnügen, Herrscher über die Römer zu sein. Er wollte nicht minder denn als Herrscher auch als Dichter geachtet und gewürdigt sein. Ach, er wollte Dichter sein, er wollte Künstler sein — und sein Lied gelang ihm, das seinen Namen unsterblich gemacht hätte. Er wurde es durch andere als künstlerische Taten.

Nero war mit seinem Künstlerwillen keine vereinzelte Erscheinung unter den Herrschern. Gar nicht so selten ist es, daß große Herrscher, die ja zumeist sehr vielseitig begabt sind, ihre Haupt ebenso freudig wie mit der Krone oder dem Feldherrnhut mit dem schlichten Lorbeer schmücken. Wenn aber auch schon in früheren Geschichtsepochen es gelegentlich vorkam, daß der Herrscher zugleich der erste Künstler seines Volkes war, so war doch noch nie ein Land, war noch nie ein Volk so glücklich, nicht etwa bloß von einem begnadeten Künstler beherrscht, sondern von einer ganzen Regierung von Künstlern geleitet zu werden.

Zum ersten Male, seit Geschichte geschrieben wird, ward nun einem Volke solches Glück zuteil, und dieses Volk ist, freuen wir uns, es feststellen zu dürfen, das deutsche Volk.

Die es wissen müssen, die österreichischen Künstler, haben es in einer feierlichen Kundgebung am 2. April gesagt, es aller Welt gesagt. Zunächst durch den Mund des Zentralverbandes bildender Künstler Österreichs Professor Grill, der feststellte, daß nun „auch für uns Künstler die Fesseln gefallen, die uns ein Menschenalter lang so unsäglich gedrückt“, und dann durch den Mund des Dichters Hoblbauer, der wie jeder richtige österreichische Nationalsozialist ein Suedendeutscher ist. Hohlbaum rühmte „die feinen Künstlerhände des Führers, jenes größten Mannes der Weltgeschichte, der selbst gigantische Pläne eines neuen Städtebaus entwirft“, Hermann Göring, der die Berliner Oper zur ersten der Welt machte, Josef Goebbels, „dessen Reden hinreichende Symphonien eines Neugeistes sind“, Alfred Rosenberg, „der uns eine neue Philosophie des Geistes und Blutes gab“, Bernhard Rust, „den Vertreter der Volksbildung“, und Valdur von Schirach, „dessen lüchliches Werk in großer Reinheit bleiben würde, auch wenn er nur ein schlichter Soldat der braunen Armee wäre“.

Man frage die deutschen Reitungsschreiber und die deutschen Kunstberichterstatter, man frage die deutschen Künstler und Schriftsteller, man befrage durch eine der so sehr beliebten Volksabstimmungen das Volk Großdeutschlands, ob es nicht alle „voll und ganz“ mit Hohlbaums Lobgesang einverstanden sind! Sie sind es! Also hat Hohlbaum nicht zu viel gesagt. Das deutsche Volk wird von einer Gruppe auserlesener Künstler regiert. Und weit übertrieben wird nun des griechischen Philosophen Forderung, die Staaten sollten von den Philosophen regiert werden — Philosophen und Künstler gemeinsam oder gar verporpelt in mehr als einem Falle in einer Person regieren das großdeutsche Volk!

Und nicht mehr gilt fürderhin Schillers Klage:

„Kein augustisches Alter blühte,  
Keines Medizäers Güte  
Lächelte der deutschen Kunst“.

denn das augustische Zeitalter ist bereits angebrochen, alle neun Mufen stehen, braun unifor-

miert, einsatzbereit an der Kunst-Front und die Künstler der anderen Nationen, die noch immer von ganz gewöhnlichen Politikern regiert werden, werden demnächst vor Reid plagen.

### Konferenz des Radio-Journals

In Jevany bei Prag wurde Donnerstag vom Vorsitzenden Dr. Ladislav Sourek die Frühjahrs-Konferenz des tschechoslowakischen Rundfunks eröffnet.

Gegenstand der Eröffnungsitzung war die Prüfung der Ergebnisse der Programmarbeit der abgelaufenen Periode mit besonderer Berücksichtigung des Rundfunkwinterprogramms, zu dessen Vorbereitung die Ergebnisse der Verhandlungen des Beratungskörpers des tschechoslowakischen Rundfunks viel beitrugen. Der Rundfunk wird auch weiterhin in gesteigertem Maße auf die politischen und kulturellen Aktualitäten bedacht sein und sie den Hörern durch eine neue Gestaltung der Relationen durch die Einreichung sogenannter „Fensterchen“ vermitteln.

Was das Zusammenwirken des Rundfunks mit dem Ausland betrifft, brachten die Esperanto-Relationen, welche im Auslande mit großem Interesse verfolgt werden, schöne Ergebnisse. Die Kurzwellensendungen erzielten ungewöhnliche Erfolge nicht nur in Uebertsee, sondern auch bei den ausländischen Hörern überhaupt.

Donnerstag nachmittags begannen die Verhandlungen der einzelnen Sektionen.

Für richtige Preisbezeichnungen. Auf Ersuchen der Handels- und Gewerbe-Kammer in Järlau hat das Prager Landesamt eine Verordnung erlassen, mit welcher die Preisbezeichnung der Waren geregelt wird. Es wird in Zukunft verboten sein, eine Ware mit zwei Preisen, von denen der höhere durchgehenden ist, zu bezeichnen. Auch in Inseraten wird die Bezeichnung „statt ... nur...“ verboten sein. Ferner wird als unzulässig erklärt, den Hellschreibetrag in verächtlich kleiner Schrift zu zeichnen, da das laufende Publikum in diesen Fällen nur den Kleb-Preis sah und irreführt wurde. Auch die ungenaue Bezeichnung „ab. a. B. ab 15 Kč“ oder „von 15 Kč aufwärts“ wird nicht mehr gestattet sein.

Zu den Nachrichten über die Errichtung einer Hochschule für Politik und Oekonomie, welche dieser Tage in der Tagespresse erschienen, konstatiert die Direktion der Freien Schule der politischen Wissenschaften, daß es sich im Wesen um einen alten Antrag des Rikels der Fremde der Hochschule handle, welcher sich jedoch nicht im Anmerkungsverfahren befindet, sondern vorläufig den Überlegungen der verschiedenen Hochschulen unterworfen wurde. Aus dem so gewonnenen Gutachten wird erst ein definitiver Gesetzentwurf ausgearbeitet werden und aus diesem Grunde sind die veröffentlichten Nachrichten vorläufig verfrüht.

Uebertreiben. Mittwoch um 9 Uhr abends erlitt der Lenker und Besitzer des Prager Autos P 18096, Josef Lednisch, bei der Polizeidirektion in Karlsbad und meldete, daß er auf der Straße Karlsbad-Prag einen Radfahrer überfahren habe. Der Radfahrer ist, als er in das Krankenhaus eingeliefert wurde, gestorben. Sein Leichnam wurde in die Karlsbader Leichenhalle gebracht. Es handelt sich um den 21-jährigen Karoseriebauer Adalbert Schiller aus Giechhübel, der am gleichen Tage in Karlsbad bei der Affentierung war und mit dem Rad seine Heimfahrt angetreten hatte. Lednisch, der in Haft genommen wurde, erklärte, ein ihm entgegenfahrendes Auto hatte ihn so geblendet, daß er den Radfahrer, der in der gleichen Richtung fuhr, nicht zu sehen vermocht hätte.

### Das heutige Programm der deutschen Sendung

Prag, 10.15—10.30: Viertelstunde für die Frau, Eilriede Reif: Versicherungsfragen im Leben der Frau. 14.00—14.20: „Jacobus Steiner in Böhmen.“ Ein Hörbild. Ausführende: Violine: Dem. Klein, Franz Habel. Gambe: Prof. Erich Neumann. Cembalo: Gertrud Duitter. 1. S. A. Eber: Sonate für zwei forderte Violinen, Gambe und Cembalo. (Erstaufführung). 2. A. Kühnel: Sonate für Cembalo und Gambe. 18.10: Univ.-Prof. Dr. Leonhard Franz: Das Antlitz der Erde IV. „Die Veränderung der Landschaft durch voranschreitende Menschen.“ 18.25: Joh. Seb. Bach: Italienisches Konzert. Cembalo: Prof. Josef Langner. Alle. co — Andante cantabile — Presto. 18.35: Arbeiter-Sendung: Aktuelle 10 Minuten. — 18.55—19.00: Deutscher Kulturbericht vom Tage.

Brünn, 17.40—17.55: Konial Friedrich Berke: Jugendfunk. Abenteuer auf Neu-Guinea. (Paradiesvögel, Krokodile und Kospfänger.) 17.55 bis 18.00: Schallplatten. 18.00—18.15: Cb.-Musik. Rudolf Ulrich: Neues von der Eisenbahn.

Eine Mutter-Tragödie. In der italienischen Gemeinde Nello ereignete sich eine eigenartige Tragödie. Die junge Lehrerin Lina Bonzini, die in den nächsten Tagen einem Kinde das Leben schenken sollte, mußte vom behandelnden Arzt erfahren, daß die Geburt wahrscheinlich einen so schweren Verlauf nehmen werde, daß das Kind hierbei sterben werde. Der Arzt meinte, daß sich zwar auch eine Operation vornehmen ließe, durch die das Kind gerettet werden könnte, daß aber die Mutter selbst den Folgen dieser Operation wahrscheinlich erliegen dürfte. Die heldenhafte Mutter entschloß sich, um dem Kinde das Leben zu schenken, für die Operation. Diese gelang infolgedessen, als ein gesundes Kind zur Welt gebracht wurde. Die Mutter jedoch verschied kurz darauf.

Stuttag in Belgrad. Bei Verhandlungen über finanzielle Angelegenheiten in der Kanzlei des Belgrader Advokaten Ratić erschöpfte Donnerstag vormittags der Bauunternehmer Brandjel Petrović den Advokaten Ratić und seinen Verwandten Jovan Petrović und gab sodann gegen sich selbst einen Schuß ab. Er wurde mit tödlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht, wo er nachmittags starb. Brandjel Petrović, der Nervenkrank ist, geriet in der letzten Zeit in finanzielle Bedrängnis und hegte die Vermutung, daß sein Kompagnon Jovan Petrović mit dem Advokaten Ratić gegen ihn arbeite.

Die Rothschild Klagen. Nach der gerichtlichen Entscheidung über die Sperre der britischen Einlagen Rothschild vom 31. März hat nunmehr das Pariser Bankhaus Eugen Rothschild in New York ein Sperrenbegehren wegen 600.000 Pfund Sterling erhoben, welche die Pariser Firma bei dem Wiener Bankhause Rothschild deponiert hatte und die beschlagnahmt wurden. Die Klage wurde in New York eingeleitet, weil die österreichische Firma dort große Guthaben besitzen soll, an denen man sich schadlos halten will.

Silberschmelze im Erzgebirge. Donnerstag nachmittags brach am Erzgebirge des Hafens von Tampico eine Feuerbrunst aus, die einen riesigen Schaden anrichtete. Außer einem notwendigen Krachter, in dem einige Kabinen ausbrannten, wurden zehn Holzhäuser vom Feuer ergriffen und zerstört. Fünfzehn Waggons mit Silberbarren brannten vollständig aus. Das geschmolzene Silber ergoß sich über den Kai, während mehrere tausend Pfund restlos verschwunden sind und vermutlich in den Hafen gefallen sind.

Schneestürme in Amerika. Nach mehrwöchigem Frühlingswetter wurden der Mittelwesten und Teile der Ostküsten Nordamerikas von schweren Schneestürmen heimgesucht. Die vielfach jeden Berke lahmlegten. Gleichzeitige verursachten erneute Wirbelstürme und Wolkenbrüche in verschiedenen Südstaaten großen Schaden. Zahlreiche Ortschaften in Louisiana und in Alabama wurden überflutet und zahlreiche Wohnhäuser und Farmgebäude zerstört. Viele Menschen wurden vermisst. In manchen Gegenden des Südens richtete Frostwetter großen Ernteschaden an.

Ein Wetterschiff. Mittwoch früh sind in Le Havre die Vertreter französischer, amerikanischer und deutscher Fluggesellschaften eingetroffen, um die schwimmende Wetterstation auf dem Schiff „Carimare“ zu besichtigen, das in den nächsten Tagen eine dreimonatige Forschungsreise zwischen den Azoren und den Bermudas-Inseln antreten soll. Es geschieht zum ersten Male, daß die Vertreter ausländischer Gesellschaften das französische meteorologische Schiff besichtigen, dessen Mitarbeit bei der Ueberfliegung des Nordlichen Atlantik im Jahre 1938 ebenso wertvoll sein wird wie bei den Flügen im Jahre 1937. Der Besuch der Vertreter der ausländischen Fluggesellschaften ist auch der erste Schritt zur Erleichterung der Zusammenarbeit an dem schwierigen Problem der Flugverbindungen zwischen Europa und Amerika.

Unter Einwirkung von Landströmungen, die von Skandinavien her über die Ostsee gegen Südosten fortschreiten, herrscht bei uns vorwiegend bedecktes Wetter mit häufigen Schauern. Der Temperaturstand entspricht dabei etwa dem Normalwert. Der Luftdruck sinkt über Mitteleuropa noch immer und infolgedessen ist noch keine wesentliche Änderung des Wetters zu erwarten. — Wahrscheinliche Wetterprognose: Vorwiegend bis wechselnd bewölkt, Neigung zu Schauern, und zwar besonders in den höheren Lagen an der Nordostgrenze des Staates, etwas kühler, West- bis Nordwestwind. — Wetterausichten für Samstag: Andauern der unbedingten Witterung.



# Nein — Spanien ist noch nicht verloren!

## Rettet eine Demokratie — Rettet die Demokratie!

Pietro Nenni schreibt der „Internationalen Information“:

Ich komme soeben aus Spanien zurück. Und es übertrifft mich, selbst in Kreisen der sozialistischen Arbeiterklasse eine Art Stille und schmerzliche Resignation anzutreffen: Spanien ist verloren.

Nein, Genossen, Spanien ist noch nicht verloren.

Ich weiß nicht, ob die Frontlinie, die in aller Eile vor Lerida und vor Gandesa aufgerichtet worden ist, sich standhalten können. Aber, etwas weiter vorn oder etwas weiter hinten, die republikanische Abwehrfront wird standhalten. Freilich ist dazu erforderlich, daß diese Abwehrfront nicht allein aus Menschenleibern bestehe.

Die Geschichte wird zur gegebenen Zeit die Bilanz der Niederlage der republikanischen Ostarmee ziehen; sie wird alle Ursachen und alle Verantwortlichkeiten feststellen. Aber schon heute gibt es eine Ursache, die in die Augen springt: das ist die tragische Ungültigkeit der Bewaffnung der republikanischen Armee.

Wißt Ihr, über welche Verteidigungsmittel die republikanische Ostarmee in dem Augenblick verfügte, in dem sie von den Faschisten angegriffen wurde? Auf einer Front von 450 Kilometern verfügte das Kommando der Ostarmee über 80 Geschütze, davon 62 in gutem Zustand, vier Mörser und eine Antitankeinheit. Der Angriff erfolgte durch eine Armee, bestehend aus drei italienischen Divisionen (Flamas negras, „Littorio“, und „23 Marzo“), den Divisionen Castilien und Aragon und dem Armeekorps des Generals Aranda. Bei Fraga allein haben die Faschisten 180 Flugzeuge, 50 bis 60 Tanks und Feld- und schwere Artillerie in einem Ausmaß eingesetzt, das man bisher im spanischen Krieg nicht gekannt hatte. Während der tragischen Tage von Freitag, den 25. bis Montag, den 28. März, verfügte die Division, die vor Calpe die Straße nach Gandesa verteidigte, über 17 Geschütze mit sehr wenig Munition gegenüber 108 Geschützen, die förmlich ohne Unterlaß schossen.

Wie ist es zu dieser Ungleichheit der Kräfte gekommen? Das ist sehr einfach. Während wir nach dem republikanischen Sieg bei Teruel Telegramme über Telegramme geschickt haben, um die Regierung von Barcelona zu beglückwünschen, haben die Faschisten von Rom und von Berlin Franco keine Telegramme geschickt, sondern Flugzeuge, Geschütze und Tanks.

Ich lenke die Aufmerksamkeit aller Sozialisten auf diesen Punkt, der die ganze Tragödie der Nichtintervention zusammenfaßt: Während (nach den Mitteilungen, die man mir gemacht hat) seit neun Monaten die spanische Republik kein einziges Flugzeug erhalten hat, empfing Franco allein seit dem Monat Januar an Flugzeugmaterial: 150 Fiat, 100 Savoia, 40 Alfa Romeo, 40 Junker, 40 Heinkel, 40 Dornier, 40 Messerschmitt.

Aber das republikanische Spanien leidet nicht allein unter der Ungültigkeit seiner militärischen Kampfmittel: es leidet auch Hunger. Es gibt Feigenaden an der Front, die seit langen Tagen keine andere Nahrung bekommen haben als Brot und Schokolade, kein warmes Essen. Die Bevölkerung ganzer Gebiete hat kein Brot. In den letzten Tagen haben sich die Ernährungsschwierigkeiten noch verschärft. Aus Aragon ist die Bevölkerung vor den faschistischen Eroberern geflüchtet: Frauen, Greise, Kinder haben die Dörfer, die Felder, die Häuser verlassen. Während zweier Wochen kreuzten die Soldaten auf ihrem Wege zur Front den tragischen Zug der Flüchtlinge. In Lerida, das einstweilen der Flüchtlinge 70.000 Einwohner zählte, ist fast niemand zurückgeblieben. Das ist ein Verweis der Treue des Volkes

zur Republik, aber es ist zugleich für die Regierung eine erdrückende Aufgabe. Denn alle diese Menschen wollen ernährt sein und die Regierung allein hat dazu nicht die Mittel.

Ihr die fehlenden Mittel zu beschaffen: Das ist es, was die Sozialisten tun sollten, statt zu verzweifeln oder zu seufzen.

Als ich von dem Ministerpräsidenten, unserem Genossen Negru, Abschied nahm, hat er mich, unseren Freunden zu sagen, daß sie sich nicht durch die Schwierigkeiten des Augenblicks entmutigen lassen sollten. Er selbst ist nicht entmutigt — er kämpft. Auch das militärische Kommando ist nicht entmutigt — es kämpft. Die Armee seufzt nicht — sie kämpft. Unsere spanische Bruderpartei und

die Gesamtheit der antifaschistischen Kräfte verzweifelt nicht — sie kämpft.

Lun wir es ihnen gleich: kämpfen wir, verdoppeln wir unsere Anstrengungen! Kämpfen wir, damit Spanien unverzüglich die Waffen erhalte, deren es bedarf. Kämpfen wir, damit die Hilfe für die spanische Bevölkerung im notwendigen Umfang organisiert werde. Bringen wir die Opfer, die dies erfordert.

Spanien wankt unter dem Ansturm der faschistischen Lawine. Aber es ist noch nicht auf die Knie gezwungen. Auf der Brüstung der Brücke von Segre vor Lerida las ich die Worte: „Antes morir en pie que vivir de rodillas“ (Lieber sterben, als auf den Knien leben).

Spanien ist entschlossen, sich zu retten und uns zu retten. Sichern wir ihm die Mittel dazu — sonst wird dort unten nicht nur eine Demokratie, sondern die Demokratie hingemordet werden.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die 50-Jahr-Feier der Krankenversicherung

Der Vorstand der Zentralsozialversicherungsanstalt hielt am 6. April eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Abg. Ant. Doppl zur Feier der 50jährigen Wiederkehr der Kundmachung des Gesetzes über die Pflichtversicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit in einer Ansprache ausfuhrte:

Am 6. April 1888 wurde im österreichischen Reichsgesetzblatt das Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Industrie, Gewerbe und Handel kundgemacht. Es war dies für die damaligen politischen und sozialen Verhältnisse ein großes Werk, welches trotz bedeutender Unzulänglichkeiten und Mängel des Gesetzes schon damals für einen Großteil der Bevölkerung des Staates eine große Bedeutung sowohl in gesundheitlicher wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht hatte. Der Erlaßung des Gesetzes gingen zwar verschiedene landesrechtliche Verordnungen und ältere Gesetze voraus, aber diese waren ungenügend. Dauernte die Krankheit länger, war der Kranke Arbeiter in der Regel auf das bittere Broten, ob nun bei Verwandten oder aus der öffentlichen Wohltätigkeit, angewiesen; die Hilfe in der Krankheit in dieser Form war damals nichts anderes als eine Wohltat, ein Almosen.

Die Krankenversicherung war ursprünglich nicht allgemein; die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sowie die im Haushalt beschäftigten Personen unterlagen ihr im alten Österreich nicht, und in organisatorischer Hinsicht war die Versicherung sehr zerstückelt. Die erforderliche Verbesserung des Gesetzes sowohl in Bezug auf die Leistungen als auch in Bezug auf die Organisation wurde ständig verschoben. Erst in der Republik wurden die für die weitere Entwicklung der Krankenversicherung der Arbeiter erforderlichen Grundlagen geschaffen. Durch das Gesetz aus dem Jahre 1919 wurde die Versicherungsspflicht auf alle gegen Lohn arbeitenden Personen erweitert und die Organisation der Hauptträger der Versicherung, d. i. der Bezirkskrankenkassen, geschaffen. Die Zeit, während welcher die Unterbringung gewährt wurde, wurde von 26 auf 39 Wochen verlängert. Durch das Gesetz aus dem Jahre 1920 wurde der Versicherungsbeitrag geregelt und die Leistungen durch eine Neuorganisation der Lohnklassen, Verlängerung der Unterbringungsdauer auf ein ganzes Jahr, verbessert, weiters erfuhr die Leistungen in der Mutterschaft eine Verbesserung und hauptsächlich wurde die Familienversicherung eingeführt. Durch diese Tatsachen wurde die österreichische Krankenversicherung zum wichtigsten Faktor der Volksgesundheit des Staates und trug wesentlich zur Erhebung des Gesundheitsstandes und der Sterblichkeit der ganzen Bevölkerung bei.

Durch das Gesetz über die Sozialversicherung aus dem Jahre 1924 wurde auch die Organisation der Krankenversicherung neu geregelt. Leider wurde damals der Versicherungsbeitrag für die Krankenversicherung nicht im Verhältnis zu den Leistungen geregelt und dadurch wurde verursacht, daß die Kran-

kenversicherungsanstalten noch in der Zeit einer verhältnismäßig guten Beschäftigung, als sie mit ihren Einnahmen das finanzielle Gleichgewicht nicht halten konnten, ihre Reserven verbrauchten, so daß sie in der späteren Wirtschaftskrise keinerlei Reserven zur Deckung der erhöhten Ausgaben hatten und den Versicherungsbeitrag erhöhen mußten. Durch die Novelle aus dem Jahre 1928, und besonders durch die zweite Novelle aus dem Jahre 1934, wurde sowohl hinsichtlich des Versicherungsbeitrages als auch hinsichtlich der Leistungen der früheren Fehler des Gesetzes ausgemerzt und erreicht, daß der heutige Stand der Krankenversicherung zufriedenstellend ist.

Obwohl die Jahre der Krise für die Krankenversicherungsanstalten sehr schlecht waren, so blieben diese doch ihrer wahren Sendung gerecht; die Heilfürsorge wurde nicht eingeschränkt, im Gegenteil, es wurde und wird ihr auch während erhöhter Aufmerksamkeit gewidmet, so daß in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 20 Jahren nach dem Umsturz die Krankenversicherungsanstalten äußerst bemerkenswerte Erfolge erzielten.

Die heutigen außerordentlichen, besonders internationalen Verhältnisse haben zur Folge, daß dem 50jährigen Jubiläum der Krankenversicherung wahrlich nicht die Aufmerksamkeit gewidmet werden wird, welche sie verdienen würde.

Die Zentralsozialversicherungsanstalt war und wird sich immer der großen Bedeutung der Krankenversicherung bewusst sein, sowie auch dessen, daß ohne eine gute Krankenversicherung keine gute Invaliditäts- und Altersversicherung bestehen kann. Sie unterstützt daher alle Bemühungen, welche eine weitere Verbesserung der Krankenversicherung, besonders eine Vertiefung der Heilfürsorge, zum Ziele haben. Sie wird in den Intentionen des Gesetzes mit den Verbänden der Krankenversicherungsanstalten zusammenwirken, daß durch die vereinten Kräfte im Rahmen der heutigen wirtschaftlichen Möglichkeiten die größten Erfolge erzielt werden.

Ich glaube, daß ich in voller Übereinstimmung mit dem Vorstand der Zentralsozialversicherungsanstalt handle, wenn ich im Namen der Zentralsozialversicherungsanstalt alle Krankenversicherungsanstalten einseitig zu dem vollbrachten Werk beglückwünsche und ihnen andererseits für die Mitarbeit bei der Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung danke.

Der Vorstand sprach einstimmig die Zustimmung zu dieser Ansprache aus.

## Die Flüsterpropaganda schädigt deutsche Institute

In unserem leitenden Artikel haben wir Donnerstag die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Folgen gelenkt, welche die kleinste Flüsterpropaganda für Deutschböhmien hat. Während es immer klarer wird, daß die Bankmarcherei weber dem Staat, noch den Arbeiterorganisationen, gegen die sie gerichtet ist, etwas anhaben kann, zeigt es sich, daß greifbare Aus-



wirkungen nur die jüdisch-deutsche Bevölkerung und eine Reihe ihrer Einrichtungen verspüren. Die Boykottbewegung in Nordamerika und in den skandinavischen Staaten ist zu einer ersten Befahrung geworden und bedroht tausende Arbeiter. Die SdP hat nicht nur nichts dagegen getan, daß Deutschland in immer stärkerem Maße die Produkte unserer jüdisch-deutschen Industrien aus seiner Einfuhr ausschleibt und dafür Waren aus dem ischischischen Gebiet bevorzugt, jetzt ist sie drauf und dran, unseren Export auch in die anderen Länder zu untergraben. Die Kapitalverschleppungen aus dem deutschen Gebiet nach Prag sind ebenso auf das Konto ihrer Propaganda zu setzen. Daß es sich keineswegs um geringfügige Leuten handelt, sondern um Beträge, die zusammen genommen sich im Wirtschaftsleben sehr stark fühlbar machen müssen, geht aus dem einen Beispiel der Leimericher Sparkasse hervor, bei welcher im März die Auszahlungen der Einlagen um nicht weniger als 1.785.671 Kronen überfielen. Die Verantwortung dafür fällt voll und ganz auf die SdP!

## Teilweise Besserung in der nordmährisch-schlesischen Textilindustrie

Die jetzt volle Beschäftigung der Spinnereien in Würbenthal und Lichterwerden läßt für längere Zeit auf eine gebesserte Beschäftigung schließen, wie sie auch bereits teilweise im Jägerndorfer und Freudenthaler Gebiet zu verzeichnen ist. Die Freudenthaler Leinenindustrie erhofft eine stärkere Belebung auf Grund des Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten. Im Römischbäcker Gebiet hingegen, wo die großen Seidenbetriebe in Vergilstadt, Kömerstadt und Traumseifen Mühschläge erlitten haben, ist die Lage ungeklärt.

Die Firma Schlehta suchte um die Bewilligung zur Stilllegung ihres Betriebes in Obervernersdorf für die Dauer von mehr als drei Monaten an. Da durch diese Stilllegung 260 Arbeiter und Angestellte betroffen würden, haben die Gewerkschaften an das Fürsorgeministerium eine Eingabe gerichtet, in der sie darauf hinweisen, daß dieser Betrieb die letzten Arbeitsmöglichkeiten im ganzen Gebiet von Obervernersdorf und Umgebung bietet.

## Günstige Entwicklung der Elbe-Frachtschiffahrt

Der regelmäßige Frachtschiffsverkehr auf der Elbe, der nach Öffnung der Staumwehre auf dem gesamten kanalisiertem Teil der Moldau und Elbe eröffnet wurde, nimmt sehr rasch den saisonmäßigen Umfang an. Außer dem ersten Schnelldampfer, der den Prag-Hollschowitzer Hafen am 29. März verließ, sind bereits die ersten Schleppboote mit Frachten für Hamburg und Magdeburg vorbereitet. Befördert werden vor allem Massengutungen von Erzen, Asphalt, Ölprodukten und Metallen. In den Umschlagplätzen lagern Getreide, Zuder, Holz, Glas, Kohle, Kaolin und Stüdgut. Mit Rücksicht auf den günstigen Wasserstand ist genügend Frachtraum vorhanden.

## Der Kampf um das mexikanische Erdöl

Mexiko. Präsident Cardenas ordnete an, daß von den an das Ausland für verkaufte Petroleum bezahlten Beträgen 20 Prozent zur Bezahlung des den ausländischen Petroleumgesellschaften enteigneten Besitzes verwendet werden sollen, die vorläufig in der Staatsbank hinterlegt werden. In analoger Weise wird das Finanzministerium möglichst bald festsetzen, wieviel Prozent für den gleichen Zweck aus den Beträgen verwendet werden, die im Inland aus dem Petroleumverkauf erzielt werden.

Die Petroleumlager im Mexiko werden von den Geologen auf etwa 665 Millionen Tonnen geschätzt, so daß Mexiko 10 Prozent aller Weltvorkommen der Erde besitzt. Der Abbau des mexikanischen Petroleums ist erst seit dem Weltkriege im großen Maßstabe erfolgt. Im Jahre 1937, worüber eben erst die Schlusstatistiken veröffentlicht wurden, hat es 6.000.000 Tonnen produziert, ist aber mit 2,4prozentigen Anteil an der Weltproduktion auf den 6. Platz zurückgegangen. Vor ihm stehen mit 62 Prozent die USA, 10 Prozent Rußland, ebenfalls 10 Prozent Venezuela, 4 Prozent Iran und 2,6 Prozent Niederländisch-Indien. Immerhin produzierte Mexiko auch 1937 mehr als das Zweieinhalbfache von 1914, und die niedrige Quote darf nicht dazu verführen, die außerordentliche Bedeutung des mexikanischen Petroleums für den Weltmarkt zu unterschätzen.

## Die Einheitsstenographie

Von Peter Jahnke (Lodz)

Die in Deutschland 1924 eingeführte Stenographie ist bisher zweimal umbenannt und einmal umgeändert worden. Die endgültige Entscheidung über die Einführung dieses Systems lag in den Händen des Staatssekretärs Schulz, der kein Stenograph ist; es war also möglich, daß über eine solche wichtige Sache wie die Einführung eines einheitlichen Kurzschriftsystems ein Mann entscheiden durfte, der mit „Fachkenntnissen nicht belastet“ war. Herr Schulz erklärte auch in einem Vortrag, den er im Arbeiterstenographenverein in Wien hielt, daß ihm daher die Entscheidung über die Einführung dieses unerprobten Systems leicht geworden sei (1). Nach zehnjährigem Bestehen und umfangreichen Untersuchungen in den Schulen erklärte 1934 das Reichsministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, daß die Schulische Kurzschrift den Anforderungen nicht entspreche. Dies rief bei den Lehrbuchverlegern große Beunruhigung hervor, denn sie hatten doch große Summen in das Unternehmen hineingesteckt. Man erklärte ihnen aber, daß eine Aenderung des Systems nicht beabsichtigt sei. Trotzdem kam aber, wie ein Schlag aus heiterem Himmel, 1936 doch die Aenderung. Man brachte ein vereinfachtes System heraus. Herr Wolf schreibt in den „Personnachrichten“, daß die jetzige Gestalt der Kurzschrift „schulgemäßer“ sei und meint damit wohl, daß es leichter und einfacher sei. Nun ja, es ist

einfacher, aber diese Einfachheit ist auf Kosten der Leistungsfähigkeit entstanden.

Wie die vereinfachte deutsche Kurzschrift aussieht, hat Herr Handelskammerdirektor Legat (Marburg) in einem ausführlichen Aufsatz im „Grayer Volksblatt“ dargestellt.

Ich greife zwei Punkte heraus, die die neue Schrift kennzeichnen. Die erste Form der Schrift hatte zwei Teile: Verkehrschrift und Redeschrift, wie bei Gabelberger. Jetzt ist die Dreiteilung durchgeführt: Verkehrschrift, Verkehrschrift-Praxis (Fortbildung in der Verkehrschrift) und Ellipsen (wie bei Stolze-Schrey). Die Stolze-Schreyaner wiesen auf die „leichte Erlernbarkeit“ ihrer Schrift hin; wenn der Schüler aber das erste, leichte Lehrbuch durchgenommen hatte, dann wurde ihm erklärt, jetzt kommt die Fortbildung und zuletzt kam das dicke Ende — die Redeschrift. So kann man jetzt auch die Schüler werden. Aus der Verkehrschrift sind 63 Signale, d. i. besonders kurze Auszeichnungen von oft vorkommenden Wörtern, geschrieben worden. Dies macht das Schreiben langsamer. Man kürzt ja doch schon in der gewöhnlichen Schrift Wörter, die in jedem Satz vorkommen, wie: „u., usw., i. J., v. g. M.“ u. and. Die Reform bedeutet also einen Rückschritt und einen Auf nach Stolze-Schrey hin. Bisher wurde erklärt, das Einheitsystem sei zu 80 Prozent nach Gabelberger. Wer jedoch die Kurzschrift für zur Berufarbeit, wo es auf schnelles Schreiben ankommt, braucht, kann ruhig die Einheitskurzschrift oder ein anderes „einfaches“ Stenographieystem

erlernen. Anders ist die Sache, wo es auf Leistungsfähigkeit ankommt. Dann kommt nur Gabelberger in Betracht.

Der Wert der Schulischen Zwangsschrift scheint auch jetzt breiten Kreisen Deutschlands stark „angedämmt“ zu sein, hat doch sogar der Reichsleiter der Deutschen Stenographenschaft, Schulrat Lang, sich für eine Rückkehr zu Gabelberger erklärt. Der italienische Professor Mario Boni in Mailand hat ein Buch „Der unsterbliche Gabelberger“ geschrieben, das jeder Stenographieliebende besitzen müßte. In diesem herrlichen Buch, das von der Deutschen Stenographenschaft in Deutsche überetzt ist, hat Herr Schulrat Lang das Vorwort geschrieben. Es heißt dort zum Schluß wörtlich: Vielleicht ist gerade das Werk dieses Italieners dazu angetan, Interesse zu wecken und zu veranlassen, daß auch unsere jetzige deutsche stenographierende Jugend zu den Quellen stenographischen Wissens und Könnens zurückgeht. Es gibt keinen besseren und auch keinen zeitgenössischeren Brunnenschlüssel stenographischen Geistes als den Meister der Kunst der geflügelten Feder, unseren Franz Xaver Gabelberger.

Herr Wolf sagt noch in den in Lodz erscheinenden „Personnachrichten“, Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien bilden eine stenographische Kulturgemeinschaft. Dies stimmt nicht, denn Italien hat gerade zu der Zeit, als Gabelberger in seinem Heimatlande verworfen wurde, die Gabelbergerische Kurzschrift als staatliches Einheitsystem eingeführt. In Ungarn wurde 1927 das System Radnai als Einheitschrift eingeführt.



### Aus aller Welt

**Die erste Nonnen-Kerstin.** Die gesamte amerikanische Presse hat die Abreise von „Dr. Schwester Alma“ nach Indien gebührend hervorgehoben, denn es ist der erste Fall, daß der Papst persönlich seine Genehmigung dazu erteilt hat, daß eine Nonne als Kerstin in einer Mission wirkte. Schwester Alma heißt mit ihrem bürgerlichen Namen Miss Ellen Polinsky und stammt aus Washington. Sie studierte an der Universität von Georgetown und erhielt eine Spezialausbildung in Chirurgie und Geburtshilfe. Gleichzeitig ließ sie sich als Nonne in ein Kloster aufnehmen und bot ihre Dienste der „Society of Catholic Medical Missionaries“ an, die sie zunächst in einem Krankenhaus in Philadelphia unterbrachte. Sie steht jetzt an der Spitze der ärztlichen Mission, mit der sie nach Indien gegangen ist.

**Ein Arbeitsgesetz für Elefanten.** Die Regierung des unabhängigen indischen Staates Travancore hat eine Verordnung erlassen, mit der die Arbeitzeit der Elefanten reglementiert wird. Im Haupttempel von Travancore befinden sich 25 Elefanten, die als heilige Tiere gelten, die aber nichtdestotrotz außer der nicht anstrengenden Teilnahme an Tempelzeremonien von ihren Wächtern als Last- und Arbeitstiere vermietet wurden, und zwar für so schwere Arbeiten, daß die Tiere völlig herunter kamen. Dieser Skandal im Tempel von Travancore hat die ganze „Elefanten-Frage“ aufgerollt, die die Regierung des Staates jetzt grundrührig geregelt hat. Ein Elefant braucht nicht mehr als zwölf Stunden täglich zu arbeiten, und seine Tagesmärsche der Transporten sind auf zehn Meilen limitiert. Ebenso ist ein Höchstgewicht für die zulässige Last festgesetzt worden. Die Besitzer oder Wächter von Elefanten, die diese Bestimmungen übertreten, haben schwere Strafen zu gewärtigen.

**Gebrauchsgegenstände für das Jenseits.** Es dürfte fast vollkommen unbekannt sein, daß es in China einen besonderen Zweig der Papierindustrie gibt, der Dinge herstellt, die für das Jenseits bestimmt sind. Nach dem Glauben der Chinesen müssen die Verstorbenen im Himmel genau die gleichen Gebrauchsgegenstände haben wie auf der Erde, und um ihnen diese zu verschaffen, ist die in Frage stehende Industrie aufgebaut worden, die allein in der Provinz Tschekiang zum Beispiel über 200.000 Menschen beschäftigt. Man kann alle üblichen Gebrauchsgegenstände aus Papier und Pappe kaufen, Betten, Schränke, Stühle, Geschirre, ja sogar Telefon- und Radioapparate, elektrische Ölrnen und alles, was die Zivilisation nach China gebracht hat. Die Angehörigen kaufen diese „Ausstattungen“, bringen sie in den Tempel, sie wird dort wie in der Wohnung aufgestellt, dann angezündet, und mit dem Rauch der heiligen Kerzen wandern auch diese „Gebrauchsgegenstände für das Jenseits“ gen Himmel.

**Das Ende des Toleranz-Edikts für Autofahrer.** Genau vor einem Jahr am 1. April 1937 hat der Chef der Londoner Verkehrspolizei Sir Philip Gane eine Verfügung erlassen, die bei den Taxichauffeuren von London nach dem großen historischen Beispiel „das Toleranz-Edikt“ genannt wurde. Es sollte nämlich der Versuch gemacht werden, mit Güte und Ueberredung einiges zu erreichen. Die Bobbies hatten die Anweisung, nicht sofort Strafmandate auszusprechen, sondern den Chauffeuren, wenn sie sie auf freier Tat anhielten, Nargumachen, welche Uebertretung der Verkehrsordnung diese begangen hätten, was dabei hätte angerichtet werden können, und vor allem, wie das ohne weiteres hätte vermieden werden können. Die Folge dieses menschenfreundlichen Versuches ist äußerst entmutigend: im letzten Jahr haben die Verkehrsunfälle um 20 Prozent zugenommen, während die Anzeigen fast um die Hälfte zurückgingen. Sir Philip hat darum jetzt resolut mit dieser Ordnung Schluss gemacht, und ab 1. April haben die Uebeltäter am Steuer wieder mit den allerstrengsten Strafen zu rechnen.

# Prager Zeitung

## Propagandawoche für den zivilen Luftschutz

Da es sich bei den Luftschutzbildungen gezeit hat, daß zwar zahlreiche ausgebildete Einzelpersonen, keineswegs aber die breitere Bevölkerung mit der Luftschutzbildung vertraut ist, werden die in Betracht kommenden Händler eine Propagandawoche des zivilen Luftschutzes durchzuführen. Die Geschäfte werden allen Interessenten die Systeme und Zusammenfassung der Gasmasken, die Benutzung der Gummimund- und Abkühlgeräte, die Verwendung von Handfeuerlöschapparaten erklären und sie weiters mit den wichtigsten Grundrissen der ersten Hilfe und der Wirtsum- und Neutralisierung der bekanntesten Kampfgase bekannt machen.

**Kampf um den Gehsteig.** In Prag war es, besonders in der Inneren Stadt, bisher üblich, als Rußgänger zum Lager bei größeren Firmen Lastenaufzüge in den Gehsteig einzubauen. In seiner letzten Sitzung hat die Prager Stadtvertretung beschlossen, diese Lastenaufzüge zu verbieten. Die betroffenen Geschäftsleute haben gegen diesen Beschluß den Rekurs eingebracht. Einen eigenen Rekurs brachte die Firma Vafa ein, die bereits die Erlaubnis zur Errichtung eines solchen Lastenaufzuges erhalten hatte und der diese Bewilligung wieder entzogen wurde. Vafa hat sich neuerlich an die Stadt um Bewilligung eines provisorischen Aufzuges gewandt, doch wurde sein Ansuchen wiederum abgewiesen. Das Verbot der Lastenaufzüge unter dem Gehsteig wird mit Sicherheitsgründen beurteilt.

**Schwachknieige verwundet ihren Liebhaber.** In der Nacht auf gestern wurde auf das Polizeikommissariat in Prag I die 24jährige Arbeiterin Rosa Houška vorgeführt, die ihrem Geliebten, dem 20jährigen Beamten Jaroslav Krejčanzl eine Bierflasche so heftig um den Kopf geschlagen hatte, daß die Flasche in Scherben ging und Krejčanzl Schnittwunden im Gesicht und am Kopf davontrug. Auf seine Hilferufe wurde die Houška festgenommen und vorgeführt, wobei festgestellt wurde, daß sie ebenfalls Wunden an den Handgelenken aufwies. Sie gab an, sie habe sich zwei Stunden vorher in selbstmörderischer Absicht die Pulsadern aufschneiden wollen, da Krejčanzl die Beziehungen zu ihr abbrechen wollte. Da sie Anzeichen von Geisteskrankheit zeigte, wurde sie vom Polizeiarzt untersucht, der ihre Ueberführung in die Landesirrenanstalt anordnete.

**In kochendes Wasser gefallen.** In der Nacht auf gestern wurde der 18jährige Fleischerlehrling Stefan Celler aus Prag XI auf die Klinik Samberger gebracht. Er hatte sich kurz vorher auf den Deckel eines Kessels mit kochendem Wasser gesetzt, wobei der Deckel durchbrach und Celler Verbrühungen dritten Grades erlitt. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Es ist dies binnen zwei Tagen der zweite Unfall dieser Art.

**Schüler überfahren.** Der siebenjährige Schüler Mikolaj Kotek lief in der Gasse Na Prázi in Lieben beim Ueberqueren der Bahnbahn vor den Kraftwagen des Josef Štěl, wurde am Boden gestoßen und erlitt drei tiefe Wundwunden am Kopf; außerdem wurde die Haut des Hinterkopfs vollständig kaspieri. Der Anabe wurde schwerverletzt ins Krankenhaus auf der Bulovka gebracht.

**Kauferei mit dem Portier.** Gestern wurde um 8 Uhr früh in der Husgasse in Prag I vor dem Wirtshaus „Il Bocklka“ ein unbekannter Mann verhaftet aufgefunden. Auf der Klinik Schloffer wurde festgestellt, daß er einen Bruch des Schienbeins erlitten hatte. Er gab an, der 30jährige Beamte Franz Kchal aus Prag-Weinberge zu sein; die Verletzung habe ihm der Portier des Gasthauses zugefügt. Der Fall wird untersucht.

**Der Postdienst zu Otern.** Am Samstag, den 16. April 1938, endet der Dienst bei den Kassen der Postsparkassa in Prag um 15 Uhr. Am Montag, den 18. April 1938, findet bei der Postsparkassa kein Parteienverkehr statt.

## Kunst und Wissen

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Heute, Freitag, halb 8 Uhr: „Carmen“. D. — Samstag halb 8 Uhr: Kammerjungfer, A 2. — Sonntag 3: Victoria Regina, halb 8: Ariadne auf Naxos, C 1.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute, Freitag, 8 Uhr: „Die Reise“, vollständige Vorstellung. — Samstag halb 8 Uhr: Liaison, Erstaufführung. — Sonntag halb 4 Uhr: Das Ministerium ist beleidigt, 8 Uhr: Liaison.



M. Kedrov und A. Gorjunov in dem russischen Film „Wir schwören!“

### Kinderfreunde Prag

Freitag, den 8. April, 8 Uhr abends, findet im Parteihaus, Handwerkerverein, Prag II., Smekty 22, ein

### Eltern-Abend

mit Vortrag des Genossen Curt H über das Thema:

### „Schwere Zeiten für die Erziehung unserer Kinder“

statt. Alle Genossinnen und Genossen sind zu diesem Vortrag herzlich eingeladen.

### Urania-Kino

„Nanga Parbat“, alleinige Premiere des Nimga-Berichtes der deutschen Himalaja-Expedition, Atmala. Normale Preise. 6 und 1/2 Ubr. Heute und Montag 1/2 Ubr. Alpenvereins-Sondervorstellungen „Nanga Parbat“. Mitglieder Ermäßigung. Vorverkauf eröffnet.

### Vereinsnachrichten

Der Klub „Die Tat“ veranstaltet Samstag, den 9. April, zu Ehren der ausländischen Teilnehmer an der schwedischen Kulturwoche einen Empfang. Beginn 16 1/2 Ubr. Reklamation werktäglich in den Amtsstunden, Prag I., Křižovnická 3, Tel. 345-39.

Kinderfreunde Prag. Freitag um 7 Uhr abends im Parteihaus wichtige Aussprache über das Osterlager.

Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 10. April, Treffpunkt 9 Uhr früh, Endstation 1er Dorní Albov—Sokolova. Wanderung Sternwarten — Aluplav Rusin — Křižovnicka der Anlagen — Garla. Führung: Kienald. Dienst in unserem Wochenendhause im Vedrvald: Bauer. — Ru unserer Osterwanderung können wir Ihre Werbung noch entgegennehmen. — Auskünfte jeden Freitag von 6 bis 1/2 Ubr abends im „Verein deutscher Arbeiter“, Smekty 27, Telefon 27.727.

### Urania-Kino, Klimentská 4.

„Nanga Parbat“  
Der Heldenkampf der deutschen Himalaja-Expedition!  
Atmala. Normale Preise.



Kauft nur Volkszunder!

## Elektrischer Stuhl oder Giftgas?

Auch ein Zeichen der modernen „Kultur“

**NY New York.** Während die meisten Staaten der USA die Hinrichtung durch den elektrischen Stuhl eingeführt hatten, wurden in Missouri und Iowa die zum Tode Verurteilten noch bis vor kurzem gehängt. Jetzt hat man diese Art der Hinrichtung abgeschafft, aber nicht aus humanitären Gründen, sondern — aus Rücksicht auf die öffentliche Moral.

Noch vor einigen Jahren wurden die Hinrichtungen nämlich auf öffentlichen Plätzen vollzogen. Im Laufe der Jahre waren sie zu regelrechten „Volksbelustigungen“ geworden, zu denen oft Tausende von Neugierigen herbeiströmten. Nirmesbuden wurden errichtet, Alfordonspieler traten auf, Händler verkauften warme Würstchen, die drüben „hot dogs“ heißen. Außerdem kam es zu peinlichen Szenen. Wenn ein Regler gehängt wurde, so umdrängten ihn die Frauen, um ihm ins Gesicht zu spucken; war der Todesandidat jedoch ein Weiber, so liefen die Männer an ihm ihre faulen Wibe los, wie etwa: „Dir ist sicher dein Kragen zu eng? Sei beruhigt; du wirst gleich einen anderen bekommen!“

Um diesem Skandal ein Ende zu machen, ordneten die Behörden zunächst an, daß die Verurteilten auf dem Gefängnishof zu hängen und als Zuschauer nur Beamte und Journalisten zu-

gelassen seien. Aber auch hierbei ergaben sich Unzulänglichkeiten. Die Gefangenen, die von ihren Zellen aus die Exekution beobachteten, ermunterten den Todesandidaten durch Zurufe und überschlütteten Fenster und Zuschauer mit wüsten Verschimpfungen. Die Behörden von Missouri und Iowa haben darum jetzt ihr Hinrichtungssystem zum zweitenmal geändert; sie haben sich jedoch nicht für den „unmodernen“ elektrischen Stuhl entschieden, sondern im Zentralgefängnis von Jefferson City eine „Gaskammer“ einbauen lassen.

### Vor dem Ende des elektrischen Stuhls?

Die Erfahrungen, die in einigen Staaten der Union bereits mit der Hinrichtung durch Giftgas gemacht wurden, haben im ganzen Lande eine lebhaft propagandistische für die Abschaffung des elektrischen Stuhls ins Leben gerufen. Die Wortführer dieser Kampagne sagen, die neue Hinrichtungsart sei sicherer, schneller, „rationeller“ und für den Delinquenten weniger schmerzhaft. Das Letzte scheint richtig zu sein, denn die Behörden haben in der Tat festgestellt, daß sich die Verurteilten leichter und widerspruchslos in die Gaskammer als auf den elektrischen Stuhl führen lassen. Die Kriminalisten erklären demgegenüber jedoch, der Gaskod sei „zu human“ und schrecke nicht genug ab, während ihre Gegner wiederum den elektrischen Stuhl als „letzten Ueberrest der Barbarei“ brandmarken.

Ihre stärkste Stütze findet die Propaganda

für den Gaskod aber in der Stellungnahme der Aerzte, die einstimmig die elektrische Art der Hinrichtung als unsicher bezeichnen und sich dabei auf zahlreiche Fälle berufen, in denen in der Tat auf dem elektrischen Stuhl „Hingerichtete“ wieder zum Leben erweckt werden konnten.

Neben diesen beiden Richtungen gibt es aber auch noch Anhänger des „altgewohnten“ Hängens, die allerdings die Hinrichtung am Galgen auf öffentlichen Plätzen oder auf dem Gefängnishof ebenfalls verwerfen, dafür jedoch die Einführung des englischen Verfahrens befürworten, bei dem der Verurteilte im Moment des Gehängtwerdens auf eine sich automatisch zwei Meter tief sendende Fallreppe gestellt wird.

### Der erste Gas-Tote

Die erste Hinrichtung durch Giftgas wurde vor einigen Monaten im Staate Iowa vollzogen, und zwar an dem wegen mehrfachen Mordes zum Tode verurteilten Gangster Robertson. Vertreter der verschiedensten Staats- und Bundesbehörden und mehrere Journalisten nahmen an ihr teil. Zunächst wurde die Einrichtung genau inspiziert, um ein Versehen auszuschließen. Dann führte man Robertson in die luftdicht abgeschlossene Stahlkammer, verschloß sie, ließ das Gas einströmen, zog es fünf Minuten später wieder ab, und dann betrat die draußen Wartenden die Kammer, um die Wirkung festzustellen. Robertson mußte, wie der Arzt feststellte, in kaum zwei Minuten ohne die geringsten Schmerzen gestorben sein. Seine rechte Hand hielt die noch glimmende letzte Zigarette, und auf seinem Gesicht

lag ein amüsiertes, etwas ironisches Lächeln. Er war offenbar gestorben, bevor er bemerkt hatte, daß das Gas bereits ausströmte.

### Gas-Hinrichtungen en bloc

Diese „Probe“ hat für die Entscheidung der Behörden des Nachbarstaates den Ausschlag gegeben. Auch Missouri hat jetzt den „Gaskod“ eingeführt, und mehrere andere Staaten sind dabei, seinem Beispiel zu folgen. Selbst in New York wächst die Propaganda für die Ersetzung des elektrischen Stuhls durch das Giftgas von Tag zu Tag.

Der Streit unter den Anhängern der verschiedenen Hinrichtungsarten ist damit jedoch nicht beseitigt, sondern lediglich auf ein anderes Gleis geschoben. Ein neuer Kampf hat begonnen und wird nicht weniger heftig geführt als der alte: der Krieg zwischen den verschiedenen Richtungen der „Giftgas-Partei“. Die einen befürworten aus humanitären Gründen die Einzelhinrichtung, während die anderen aus wirtschaftlichen Erparungsgründen dafür eintreten, sämtliche zum Tode Verurteilten mehrere Wochen oder Monate zu „fammeln“ und dann in der gleichen Stunde des gleichen Tages in die Stahlkammer zu sperren.

In Missouri ist dieser neue Streit bereits provisorisch entschieden worden: die Regierung hat zwar die Einzelhinrichtung im Prinzip beibehalten, aber angeordnet, daß zum Tode Verurteilte des gleichen Prozesses oder der gleichen Bande gemeinsam „vergast“ werden.

U I I a n C. S t i n g.